

d'Lëtzebuerger **Land**

Land

Unabhängige Wochenzeitung für Politik,
Wirtschaft und Kultur

#21 65. Jahrgang 25. Mai 2018



5 453000 174663



18021

4,00€

„Das Monopol der CNS aufweichen“

Der Ärzteverband wünscht sich
nach den Wahlen „alternative“
Krankenkassen

Project Magnolia

Der Ausgang eines Rothschild-
Prozesses wird Signalwirkung haben:
Wird es harte Strafen geben oder sollen
statt vieler kleiner Steuerhinterzieher
künftig ein paar große bedient werden?

Nachbarschaftshilfe

Die Zahl grenzüberschreitender
Verfahren wegen Kindesentzug
und -entführung steigt. Einheitliche
Prozeduren, mehr Vernetzung sollen
Kinder besser schützen

Foto: Sven Becker

Immer öfter brauchen Kinder Schutz über Landesgrenzen hinweg. Einheitliche Prozeduren und eine bessere Vernetzung sollen Kinder in der Großregion besser und wirksamer schützen

Nachbarschaftshilfe

Ines Kurschat

Es war eine Aussage, die die Teilnehmenden der europäischen Konferenz zum Kinderschutz, die vergangenen Mittwoch an der Uni Luxemburg stattfand, aufhorchen ließ. Wohl weil sie nicht gängigen Klischees entsprach. Die Mehrheit der in Luxemburg angezeigten Kindesentführungen, ließ Generalanwalt Serge Wagner wissen, werde von Müttern begangen. Dies oft im Zuge von Trennungen, wenn ein Elternteil mit der gemeinsamen Tochter oder dem Sohn plötzlich verschwindet.

Der Generalanwalt arbeitet bei der so genannten zentralen Behörde. Sie ist in Luxemburg der Staatsanwaltschaft zugeordnet und Anlaufstelle für internationale Rechtsangelegenheiten. Kindesentführung, also wenn jemand ein minderjähriges Kind widerrechtlich und ohne Absprache ins Ausland bringt, ist ein Verbrechen und wird in Luxemburg mit bis zu fünf Jahren Gefängnis bestraft.

„Für die betroffenen Kinder, aber auch für den Elternteil, der plötzlich vom Kind getrennt wird, sind dies oft äußerst belastende traumatische Konflikte“, weiß René Schlechter. Luxemburgs Kinderrechtsbeauftragter hat des öfteren verzweifelte Mütter oder Väter in dem Räumen des Ombudskomitees für d'Rechter vum Kand (ORK) beraten, weil sie fürchteten, ihr Partner könnte das gemeinsame Kind wegbringen, oder weil es schon verschwunden war. In einem – extremen – Fall wurde das Kleinkind von Vater und von Mutter wiederholt aus dem Kindergarten entführt. Alles gute Zureden half nicht. „Den beiden Erwachsenen ging es weniger um das Kindeswohl, sondern darum, wer sich am Ende durchsetzt“, erinnert sich Schlechter.

Kindesentführung: Traumatisch für Kind und Eltern

Nicht jeder Verdacht auf Kindesentziehung oder -entführung ist tatsächlich eine. Manchmal sind es Umzüge, die nicht ordnungsgemäß angekündigt wurden, warum ein Kind nicht auffindbar ist. Oder die Flucht vor einem gewalttätigen choleischen Lebenspartner. Grundsätzlich sind alleinige Sorgeberechtigte angehalten, Umzugspläne mit dem Vater oder der Mutter abzusprechen und auf jeden Fall den neuen Wohnsitz mitzuteilen.

Um Eltern daran zu hindern, ein Kind eigenmächtig ins Ausland zu bringen, um dort eine gerichtliche oder behördliche sorgerechtliche Entscheidung zum eigenen Vorteil zu bewirken, gibt es internationale Rechtsabkommen. Grundlage für privatrechtliche Familienstreitigkeiten bildet die sogenannte Brüssel II a Verordnung, respektive für Dänemark und für Länder, die nicht in der EU angehören, das Haager Kinderschutzübereinkommen und das Haager Übereinkommen gegen Kindesentführungen (siehe Kasten). Sie stellen Regeln auf, wie in solchen Fällen zu verfahren ist.

Oft verbergen sich hinter Kindesentführungen komplizierte zwischenmenschliche Dramen. Was vielleicht als große Liebe begann, endet in erbitterten Rosenkriegen, in denen die Kinder Leidtragende sind, weil ein Partner dem anderen die Trennung übelnimmt und weil der Machtkampf der Erwachsenen ohne Rücksicht auf mögliche Traumatisierungen auf dem Rücken der Kinder ausgetragen wird. Der Streit überquert zunehmend Landesgrenzen, etwa wenn der Partner ins Herkunftsland zurückkehrt oder weil, wie bei den belgischen, französischen und deutschen Grenzgängern, Wohnsitz und Arbeitsplatz nicht im selben Land sind.

In Deutschland, in dem jedes Jahr mehrere Hundert Kinder von Mutter oder Vater entführt werden, kehrte diese Woche, nach dreijährigem Alptraum und nervenzerreibendem Tauziehen, eine Mutter mit ihren zwei Kindern aus Tunesien zurück. Der tunesische Vater hatte sie 2015 nach einem Urlaub bei seinen Eltern in Tunis gelassen, obwohl beide Mädchen in Deutschland geboren

waren, kein Wort Arabisch sprachen und die Mutter sowohl von deutschen Gerichten als auch von tunesischen Richtern das alleinige Sorgerecht zugesprochen bekommen hatte.

Familienrechtsexperten warnen, derlei grenzüberschreitende Sorgerechts- und Umgangskonflikte könnten in Zukunft häufiger werden. Denn mit der Globalisierung und der zunehmenden Mobilität aufgrund von Ausbildung und/oder Arbeit

steigt die Zahl binationaler Partnerschaften. In Luxemburg lag der Anteil der Nicht-Luxemburger an der Gesamtbevölkerung 2017 bei 47,6 Prozent.

Ein typisches Szenario, das Wagner auf der Konferenz schilderte: Ein Vater portugiesischer Nationalität arbeitet in Luxemburg. Seine Frau nutzt die Abwesenheit und kommt nicht, wie abgemacht, mit dem gemeinsamen Kind nach, sondern trennt sich mit dem Ziel, in Portugal zu bleiben. Klagt der Vater

auf Umgang mit dem Kind, informieren Wagner und seine Kollegen zunächst die Autoritäten in Portugal. Sie wenden sich an die Mutter oder die zuständige Behörde. Hat der Vater nachweislich das Sorgerecht, kann die Mutter aufgefordert werden, das Kind zu bringen – es sei denn, die Gerichte prüfen erneut den Fall und kommen zum Schluss, dass es für das Kind besser ist, bei der Mutter aufzuwachsen, etwa weil es sich eingelebt hat, in der Nachbarschaft zur Schule geht und seine Freunde dort leben.

Die Prüfung, was das Beste für das Kind ist, verlangt neben rechtlichen, entwicklungspsychologischen und pädagogischen Kenntnissen Fingerspitzengefühl und Einfühlungsvermögen

Es zählt das Kindeswohl

Diese Prüfung, was das Beste für das Kind ist, verlangt neben rechtlichen, entwicklungspsychologischen und pädagogischen Kenntnissen Fingerspitzengefühl und Einfühlungsvermögen. In Luxemburg wird das Kind im Scheidungsstreit angehört, um seinen Willen zu ermitteln und seine Wünsche und Bindungen zu kennen. Die Richterin wird mit ihren Fragen zum Beispiel den Entwicklungsstand des Kindes herausfinden oder auch, ob das Kind von einem der Eltern beeinflusst ist. Geht es nur mit Bauchschmerzen zum Vater oder zur Mutter, sollte ein Richter aufhorchen. Damit Urteile, die im Ausland gefällt wurden, trotzdem ihre Wirkungskraft entfalten können, gilt das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung.

Das klappt im europäischen Raum immer besser, in anderen Staaten, wo unabhängige Richter und funktionierende Gerichte fehlen, aber oft nicht. Aus Ländern wie Tunesien oder Libyen bekomme er häufig nicht einmal eine Antwort, erklärte Serge Wagner. Dort seien es oftmals eher die Väter, die ihre eigenen Kinder entführten.

Aber nicht nur um traumatisierende Kindesentführungen ins Ausland ging es auf der Konferenz am Mittwoch an der Uni Luxemburg. Ziel der Veranstaltung, die den Auftakt zum Interreg-Projekt *Eure&Qua* bildete, zu der Richtern, Staatsanwälte, Jugendamtsmitarbeiter, Bewährungshelfer, Sozialpädagogen aus Belgien, Deutschland, Frankreich und Luxemburg angereist waren, ist es, in der Großregion Saar-Lor-Lux mittelfristig gemeinsame Vorgehensweisen im Umgang mit Fällen grenzüberschreitender Jugend- und Familienhilfe festzulegen. Dabei geht es zum einen um Rechtssicherheit und verlässliche juristische Prozeduren – die sich in den Nachbarländern teils unterscheiden: In den Kompetenzbereich der zentralen Behörde in Deutschland beispielsweise fallen neben Entführungen prinzipiell grenzüberschreitende Unterbringungen von Kindern und Jugendlichen in Heimen oder in Pflegefamilien. Demnach muss jede Unterbringung im Ausland dem Bundesamt für Justiz in Bonn mitgeteilt werden. Das gilt auch für Unterbringungen deutscher Minderjähriger in Luxemburg: Sollte ein deutsches Kind in einem Heim im Großherzogtum untergebracht werden, muss das luxemburgische Jugendgericht zustimmen. Nach Auskunft von Justiz-Pressesprecherin Diane Klein gab es derlei Anfragen aus Deutschland bislang aber nicht.

Grenzüberschreitende Jugendhilfe: in Luxemburg Alltag

Andersherum kommt das schon häufiger vor: 166 Kinder aus Luxemburg wurden 2017 im Rahmen einer Erziehungsmaßnahme in einer Einrichtung im Ausland untergebracht, in mehr als zwei Drittel haben die Jugendgerichte die Auslandsplatzierung



Viele Kinder und Jugendliche brauchen Unterstützung. Immer öfter auch grenzüberschreitend

Sven Becker

veranlasst. Insbesondere für verhaltensauffällige Jugendliche oder Kinder, die intensive Betreuung bedürfen, sind spezialisierte Facheinrichtungen im Ausland oft das letzte Mittel. Über Art, Umfang und Qualität dieser grenzüberschreitenden Erziehungsmaßnahmen ist bisher nicht viel bekannt, obwohl Kinder seit Jahrzehnten über Luxemburgs Grenzen geschickt werden. Als die Uni Luxemburg eine erste Bilanz des Gesetzes zur Kinder- und Familienhilfe lieferte, war der grenzüberschreitende Aspekt erstaunlicherweise kein Thema.

In der Regel werden hiesige Kinder und Jugendliche im Ausland untergebracht, weil passende Angebote oder Infrastrukturen hierzulande fehlen. „Wir versuchen zunächst, die betroffenen Kinder im Land selbst unterzubringen, schon um unnötige Distanzen vom Elternhaus zu vermeiden“, betont Pascale Arend, vom *Land* kontaktiert. Die Koordinatorin des Office national de l'enfance (ONE) betreut diese oft recht komplexen Fälle nicht selbst, das machen drei Sacharbeiter. Es gibt Prozeduren für Auslandsüberweisungen, aber sie sind der Öffentlichkeit wenig bekannt und auch welche Rechte die Eltern haben, ist nicht immer so leicht ersichtlich. Eigentlich müssen Eltern den Auslandsunterbringungen zustimmen. Weil aber diese meistens durch die Jugendgerichte veranlasst werden und das Jugendschutzgesetz vorsieht, dass mit der Unterbringungen die Eltern automatisch ihr Sorgerecht verlieren und an die Einrichtung abtreten, hängt es oft von der jeweiligen Einrichtung und ihrem pädagogischen Konzept ab, wie sehr Eltern in die Hilfeplanung eingebunden sind. Es fehlen diesbezüglich verbindliche Standards, obwohl die elterliche Mitbestimmung und Beteiligung elementarer Bestandteil des Kinder- und Familienhilfegesetzes ist.

Kinderschutzabkommen

Haager Kindesentführungsübereinkommen: Ziel ist es, ein entführtes Kind möglichst schnell in den Staat des bisherigen Wohnsitzes zurückzubringen, beziehungsweise Kindesentführungen zu verhindern. Prinzipiell entscheiden luxemburgische Gerichte über den Verbleibort des Kindes in Luxemburg. Der erste Schritt besteht daher darin, zügig ein Antrag bei der Generalstaatsanwaltschaft auf eine Rückführung des Kindes zu stellen. Nach Prüfung der Mindestvoraussetzungen übermittelt die zentrale Behörde den Antrag an die zuständige Behörde des betroffenen Staates. Diese wiederum beginnt im Idealfall sofort damit, den Aufenthaltsort des Kindes ausfindig zu machen. Ist er gefunden, kann eine freiwillige Rückgabe des Kindes beziehungsweise eine gütliche Regelung des Falles erwirkt und ein gerichtliches oder behördliches Rückführungsverfahren eingeleitet werden. Die Vorgehensweise orientiert sich an den Gesetzen und Bestimmungen des Vertragsstaates, doch sollen Rückführungsverfahren beschleunigt durchgeführt werden. Ein Rückführungsversuch kann abgelehnt werden, wenn Gerichte oder Behörden eine seelische oder körperliche Bedrohung des Kindes durch die Rückführung befürchten oder der Elternteil, dem das Kind entführt wurde, zum Entführungszeitpunkt kein Sorgerecht beziehungsweise kein Mitsorgerecht hatte.

Brüssel II a-Verordnung: Das Haager Übereinkommen wird seit 2005 durch die Brüssel II a-Verordnung ergänzt, um dessen Wirksamkeit zu erhöhen. Sie regelt in der EU einheitlich, in welchem Staat das Gerichtsverfahren für grenzüberschreitende Ehe- und Sorgerechtskonflikte stattfindet und bestimmt die Kriterien einer möglichen Unterbringung im Ausland oder, im Falle einer Kindesentführung, einer Rückführung. Zusätzlich wird das Recht des Kindes und des Elternteils, der die Rückführung beantragt hat, dadurch gestärkt, dass eine Anhörung während des Verfahrens vorgeschrieben ist.

Haager Kinderschutzübereinkommen: Das Haager Kindesentführungsübereinkommen wurde 2011 durch das Haager Kinderschutzübereinkommen verstärkt. Dessen Ziel liegt darin, die Entscheidung, welche in einem anderen Vertragsstaat ergangen ist, auf Basis des gegenseitigen Anerkennung in dem jeweiligen Vertragsstaat anzuerkennen und sie dann zu vollstrecken. Das Sorgerecht oder das Umgangsrecht durchzusetzen ist besonders schwierig, wenn keine internationalen Abkommen zwischen Luxemburg und dem anderen Staat bestehen. In diesen Fällen wird Hilfe suchenden Eltern oft empfohlen, zunächst Kontakt zu ortsansässigen Anwälten und spezialisierte Organisationen aufzunehmen, die dann die Elterninteressen im Ausland vor den Gerichten und Behörden vertreten.

UN-Kinderrechtskonvention: Das Abkommen von 1989 regelt die Rechte der Kinder und wurde von Luxemburg 1993 ratifiziert. Darin verankert sind unter anderem der Gleichheits- und Antidiskriminierungsgrundsatz, das Recht auf gesundheitliche Versorgung und das Recht zur Schule zu gehen. Als Leitgedanke gilt das in Artikel 3 formulierte Kindeswohl, das bei allen Maßnahmen vorrangig zu berücksichtigen ist. Relevant in Scheidungs- und Kinderschutzverfahren sind darüber hinaus, das Recht auf Anhörung und Mitbestimmung, das heißt, Kinder sollen gehört werden und ihre Meinung äußern können zu Dingen, die sie betreffen; das Recht vor Gewalt geschützt zu werden, bei den biologischen Eltern in einem sicheren Zuhause aufwachsen zu können, auch wenn diese nicht zusammenwohnen, oder aber zumindest in Kontakt zu stehen; das Recht auf eine Staatsangehörigkeit und auf eine eigene Identität; das Recht vor Armut und Ausbeutung geschützt zu werden.

ORK treibender Motor

Es war das ORK, das in seinem Tätigkeitsbericht von 2017 erstmals die grenzüberschreitende Kinder- und Familienhilfe thematisiert hat – auch um ihr mehr Aufmerksamkeit zu verschaffen, wie René Schlechter unterstreicht. Justizminister Félix Braz ließ es sich nicht nehmen, persönlich ein Grußwort zu sprechen. Die grenzüberschreitende justizielle Zusammenarbeit sei für Luxemburg als kleines Land tagtägliche Realität, so sein Fazit. Umso wichtiger seien kohärente, konsistente verbindliche Prozeduren und ein regelmäßiger fachlicher Austausch.

Um die Transparenz für die Betroffenen zu erhöhen und damit nicht jedes Bundesland unterschiedlich verfährt, haben die Landesjugendämter in Deutschland eine Arbeitshilfe entwickelt, die gemeinsame Standards für die Vorgehensweise setzt. Darin werden die rechtlichen Grundlagen, also die Brüsseler Verordnung und das Haager Kinderschutzübereinkommen, ausführlich erläutert und Regeln aufgestellt: So sollen die Landesjugendämter deutschlandweit bei Unterbringungen aus dem Ausland zunächst stets prüfen, ob es für das Wohl des Kindes nicht besser wäre, in seinem Heimatland zu bleiben und dort fachlich betreut zu werden, und ob bei der Entscheidung, im Ausland untergebracht zu werden, die Eltern zugestimmt haben und das Kind angehört wurde. Eine Forderung der Landesjugendämter lautet zudem, eine Art zentrales Register zu schaffen, mit dem Jugendämter nachvollziehen könnten, ob eine Hilfeeinrichtung die erforderliche gültige Betriebsgenehmigung und die notwendigen fachlichen Qualifikationen hat. In Deutschland sorgen vermeintliche Erziehungs-



In einem Jugendprojekt des nationalen Jugenddienstes SNJ in Colmar-Bierg

projekte wie so genannte Bootcamps für schwer erziehbare Jugendliche, in denen diese mittels Drill und strengen Regeln Disziplin und Struktur erlernen sollen, sowie erlebnispädagogische Auslandsaufenthalte wiederholt für Negativschlagzeilen, unter anderem weil deren Langzeitwirkung umstritten ist. Die Verschickung von Problemjugendlichen fern der Heimat geschieht nicht zuletzt, wenn sich Betreuer hierzulande keinen Rat mehr wissen und weil die Betreuung im Ausland in der Regel billiger ist. Oft fehlt es an kompetenter Vor- und Nachbereitung, sogar Fälle von Schwarzarbeit und Übergriffen wurden bekannt.

Vielversprechende Ansätze

Um die deutsch-französische Zusammenarbeit beim Kinderschutz in der Grenzregion zu verbessern, existiert neuerdings ein Vademecum, das Anlaufstellen und Fachbegriffe des deutschen und französischen Kinderschutzes beinhaltet und anhand von Fallbeispielen einen Leitfaden zur transnationalen Zusammenarbeit erstellt. Es sei das erste seiner Art in Europa, so die Verfasser stolz, und ist Ergebnis eines mehr als zweijährigen Arbeitsprozesses einer deutsch-französischen Expertengruppe, der von der École supérieure en travail éducatif et social in Straßburg und der Evangelischen Hochschule in Freiburg koordiniert wurde und der, wie *Eur&Qua* darauf abzielt, die interdisziplinäre Vernetzung im Bereich der Kinder- und Familienhilfe zu verbessern.

Denn neben der Sprache, die oftmals die erste Hürde für eine wirksame Zusammenarbeit darstellt, sind es unterschiedliche Rechtssysteme und Rechtsauffassungen von Kinderschutz, die dazu führen, dass Hilfe nicht schnell genug organisiert wird. Belgien, Frankreich und Luxemburg bauen auf dem Jugendschutzgedanken auf, während in Deutschland einerseits die Jugendhilfe und – für

Neben der Sprache, die oftmals die erste Hürde einer interdisziplinären Zusammenarbeit darstellt, sind es unterschiedliche Rechtssysteme und Auffassungen von Kinderschutz, die dazu führen, dass Hilfe nicht schnell und wirksam genug organisiert wird

Intensivtäter ein Jugendstrafrecht gibt. Damit verbunden sind unterschiedliche Praktiken. In Frankreich sind eher psychoanalytische Ansätze in der Familientherapie verbreitet, während in Deutschland verhaltenstherapeutische Konzepte vorherrschen. Das sind keine Petitesse, die theoretischen Hintergründe können entscheidend sein, wenn es um die Bewertung einer Hilfsmaßnahme im Ausland geht, ob eine therapeutische oder psycho-soziale Behandlung oder Einrichtung in Erwägung gezogen wird oder nicht.

Viele Jugendhilfe-Kontakte über die Landesgrenzen hinaus entstehen aus informellen Netzwerken heraus: Man arbeitet bereits zusammen, hat gute Erfahrungen gemacht, sich auf einer Fachkonferenz getroffen oder wurde von Kollegen empfohlen. Oder wie bei einem Fall von Schütteltrauma, das auf der Konferenz diskutiert und wo das Hilfsangebot übers Internet gefunden wurde. Es war der bloße Zufall, dass ein belgisches Paar, dessen Baby ein Schütteltrauma erlitten hatte, an einer familientherapeutischen Maßnahme im Saarland teilnehmen konnte. Weil es keine europäische Übersicht der Träger und Einrichtungen gibt, nicht einmal für die Großregion, hatte sich die betreuende Jugendamtsmitarbeiterin durch das Internet geklickt und war so fündig geworden.

Das bedeutet aber, dass Jugendhilfeleistungen mitunter mehr von Zufällen und Engagement – und Ressourcen – abhängen, denn von strukturierter Herangehensweise und fachlicher Planung – wie es eigentlich sein sollte. Das genau will das Projekt *Eur&Qua* ändern: Bis 2020 soll unter anderem eine Online-Plattform für die Großregion entstehen, in der Ansprechpartner, Jurisprudenzen vor allem aber Akteure der Jugendhilfe aufgeführt sind, so dass für betroffene Kinder und deren Eltern schnell und ohne große Umwege kompetente Hilfe gefunden werden kann.

Leitartikel

Alles perfekt

Romain Hilgert

Als Beitrag zur Wahlkampfdiskussion veröffentlichte die Union des entreprises luxembourgeoises diese Woche eine Broschüre mit dem Titel *Que veulent les entreprises?* Der Dachverband sämtlicher Patronatsorganisationen und ihrer Berufskammern mit Ausnahme der Landwirte hat laut Vereinsstatuten die Interessenvertretung der Unternehmen und Branchen sowie die Förderung der Privatinitiative zum Zweck. In ihrer ganz in Blau gehaltenen Broschüre voll lustiger Piktogramme erklärt sie es zu ihrem Ziel, für ein nachhaltiges Wachstum zu arbeiten, das Arbeitsplätze schafft, die Sozialversicherung gewährleistet und den sozialen Zusammenhalt sichert.

Hatten die Unternehmer 2013 noch lautstark die Werbetrommel für den Wechsel gerührt, gibt sich der Beitrag der UEL zum Wahlkampf nun diskret und versöhnlich. Direktor Jean-Jacques Rommes und Generalsekretär Jean-Paul Olinger beteuerten am Mittwoch, dass sie „keine Ultraliberalen“ seien, dass sie den Menschen in den Mittelpunkt stellten und dem Staat eine Rolle in der Wirtschaft einräumten. Trotzdem müssen die Unternehmer in ihrer Broschüre klagen, dass der übliche politische Diskurs die Betriebe meist stiefmütterlich behandle, missachte, dass sie eine Stütze der Gesellschaft und die wichtigste Quelle des Reichtums seien.

Tatsächlich liest sich vieles so, als ob der Unternehmerverband das sozialpartnerschaftliche Luxemburger Modell auf die gleiche Art verinnerlicht hätte wie die Gewerkschaften: Der viel gelobte soziale Friede wird gewahrt, indem die Sozialpartner dem Konflikt untereinander aus dem Weg gehen und die Regierung, gleich welcher Couleur, zum Sündenbock machen. Für alles, was nicht so läuft, wie sie es sich wünschen, von der Lohnentwicklung bis zur Produktivität, suchen sie die Schuld nicht zuerst bei sich selbst und meistens nicht einmal beim Sozialpartner, sondern lieber bei der Regierung. Zum Luxemburger Modell gehört aber auch, dass die Regierung mitspielt: Das hohe Wirtschaftswachstum und die entsprechenden Steuereinnahmen, wie in dieser Legislaturperiode, erlauben es der Regierung, die Sozialpartner mit Gefälligkeiten für die einen und entsprechenden Entschädigungen für die anderen bei Laune zu halten und sich gleichzeitig bei den Wählern beliebt zu machen.

Trotzdem hat die UEL auf die Frage, was die Unternehmen wollen, manche Antworten aufgelistet, die schon in der Vergangenheit für lebhaft Diskussionen gesorgt hatten: der Ausstieg aus der Finanzierung der Naturalleistungen der Krankenversicherung, die Abschaffung aller automatischen Anpassungen der Lohnentwicklung,

die Senkung der Ersatzeinkommen im Vergleich zum Mindestlohn, die Abschaffung der Rentenanpassungen an die Lohnentwicklung, die Erhöhung des Renteneintrittsalters bei gleichzeitiger Kürzung der Renten, die Senkung der Betriebsbesteuerung, die schrittweise Abschaffung der Vermögenssteuer und der Quellensteuer auf Dividenden, die Kürzung des zu versteuernden Einkommens um fiktive Zinsen...

Die Frage bleibt, wer diese Wünsche, die die Unternehmen im Interesse des Landes und all seiner Bestandteile erheben, erfüllen will. Jean-Jacques Rommes spottete nicht nur über die grünen Fledermäuse, sondern auch über DP-Finanzminister Pierre Gramegna, der „drei Mal in der Woche behauptet: ‚Alles ist perfekt‘“, wo doch nichts perfekt sei. Romain Schmit, der Generalsekretär des Handwerkerverbands, leitartikel unterdessen gegen die LSAP, die auf Befehl des OGBL Unternehmen „bestenfalls als willige Ausführer ihrer Gutmenschenpolitik“ ansehe. Zum Glück steht CSV-Spitzenkandidat Claude Wiseler mit Unterstützung sehr liberaler Christlich-sozialer wie Laurent Mosar, Gilles Roth und Michel Wolter schon bereit, um seine Wachstumsdiskussion und die Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit politisch unter den einen Hut zu bringen, unter den sie von Anfang an gehörte.

blog



Der niederländische König Willem-Alexander Claus George Ferdinand und Königin Máxima Zorreguieta waren am Mittwoch zu einem dreitägigen Staatsbesuch nach Luxemburg gekommen, wo der Prinz von Oranje-Nassau von Herzog Henri von Nassau empfangen wurde. Die Besucher aus der Heimat von Vermeer und Spinoza, so der Großherzog beim Bankett, ließen sich zu den Höhepunkten nationaler Kultur, Touristik und Wirtschaft führen. Dazu gehörten mangels Vermeer und Spinoza eine Vorführung über Astoritenbergbau in Belval, eine Ausstellung über die Nassauer in Vianden und ein Seminar über die Wirtschaftsbeziehungen der so nahen und doch so fremden Länder in der Handelskammer. rh.

Cyril Moreau_Bestimage/Cour grand-ducale

Personalien

Personalie

Politik

Politik

Gesellschaft

Sport

Jean-Claude Hollerich,



Erzbischof, hat es satt, von seinen Ultras der Kirchenfabriken als Weichei beschimpft zu werden. Deshalb wollte er am Dienstag mit Luther dem Volk „auff das mau! sehen“ und nannte es in seiner Ansprache an die Echternacher Sprinzprozession eine „Sauerei“, dass nur noch Schüler schulfrei bekommen, die tatsächlich an Wallfahrten teilnehmen wollen. So dass nächstes Jahr, wenn die Sprinzprozession nicht in die Schulferien fällt, kirchenfeindliche Lehrer die Prozessionen sabotieren könnten, indem sie an diesen Tagen Prüfungen abhielten. Während der Kirchenfürst so etwas Kulturkampf für Claude Wiseler (CSV) machte, sammelte der ehemalige LSAP-Abgeordnete Jos Scheuer Unterschriften, um dem Weltkulturerbe Springprozession und dem Erzbischof zu Hilfe zu kommen. Unterrichtsminister Claude Meisch (DP) beteuerte über *Twitter*: „All Schüler kriitt fräi, dee mat sengen Elteren, der Musik, senger Por 2019 sprange geet.“ rh.

Georges Jacobs,

Hausarzt und Präsident des *Haupteschklub*, leistete sich am Samstag eine 5 000 Euro teure Anzeige im *Luxemburger Wort*, um zur Gründung einer „überparteilichen Bewegung“ für die Kammerwahlen am 14. Oktober aufzurufen, ähnlich *La République en marche!* des liberalen französischen Präsidenten Emmanuel Macron, aber ohne Republik. Die Bewegung soll entsprechend der Charta des französischen Vorbilds „die Werte, die unsere Gesellschaft ausmachen“, verteidigen, für die Europäische Union und die „aktive Integration neuer Mitbürger“ eintreten, aber auch „unsere Wohlstand durch eine schrittweise Überwindung der Wachstumsspirale absichern“. Gegenüber *Radio 100,7* erklärte Georges Jacobs, Kandidatenlisten in allen Bezirken aufstellen zu wollen. Anfang des Jahres hatte bereits Wirtschaftsminister Etienne Schneider (LSAP) erwogen, LSAP, DP und Grünen zu einem liberalen Block nach dem Vorbild von *En marche!* zu verschmelzen. Da der Bonapartismus und die Kritik am „Parteienstaat“ im Trend der Zeit liegen und Georges Jacobs sich schon eine Wählerbasis unter den über 2 200 Mitgliedern des Jägerverbands erhoffen kann, dürften andere Parteien die Initiative aufmerksam bis beunruhigt verfolgen. rh.



Teure Sache

39 Millionen Euro werde die CNS „l'ensemble des mesures“ kosten, schreibt die Regierung im Gesetzentwurf zur Verlängerung der Krankengeldbezugsdauer auf 78 Wochen maximal. Das ist viel, da LSAP- Sozialminister Romain Schneider vor zweieinhalb Jahren erklärte, 2010 und 2011 seien „40 Personen“ nach Ablauf der Frist in die Arbeitslosigkeit entlassen wurden. Doch laut Motivenbericht zum Gesetzentwurf sind für Krankengeld nur fünf Millionen veranschlagt. Weitere neun Millionen für die „Reprise progressive du travail“, über die Langzeitkranke künftig stundenweise wieder in die Arbeit zurückfinden. Dazu müssen sie unfallversichert sein, und dafür soll die CNS und nicht der Betrieb aufkommen, denn die Betroffenen bezögen weiter Krankengeld. Mit 25 Millionen Euro steht der größte Teil der Summe mit Anpassungen in der Lohnfortzahlung für Kurzzeitkranke durch den Betrieb in Verbindung. Sie werden die Mutualité des employeurs entlasten, die den Betrieben 80 Prozent der Lohnfortzahlung erstattet. Sie würden eigentlich auch die Staatskasse entlasten, da sie Defizite der Mutualität deckt. Doch die Regierung findet es „angebracht“, dass der Staat seine bisherigen Zuwendungen beibehalte. Dadurch soll der allgemeine Beitragssatz der Betriebe zur Mutualität von 1,95 auf 1,85 Prozent der Bruttolohnmasse sinken. Somit wird ein Teil der Lohnfortzahlung der CNS übertragen und die Betriebe haben an deren Überschüssen teil. Im Gegenzug kam der Sozialminister mit der UEL beim Übergang von 52 auf 78 Wochen Krankengeldbezug weiter. pf

Zweiter Anlauf



Am Montag gibt die Regierung die vier *Plans sectoriels* über Transportwege, Wohnungsbau, Gewerbegebiete und schützenswerte Landschaften erneut in die öffentliche Prozedur. Den ersten Anlauf (Foto: MDDI) vor vier Jahren hatte sie Ende 2014 gestoppt: Sie fürchtete, das Landesplanungsgesetz in seiner damaligen Fassung sei der Rechtsgrundlage nicht genug und eine Klageflut von Grundstücksbesitzern und Aufrührer unter den Bürgermeistern könnten drohen. Seit sechs Wochen ist das Landesplanungsgesetz reformiert, und Landesplanungsminister François Bausch (Grüne) zufolge wurden die vergangenen Jahre genutzt, um die neuen Pläne mit den Gemeinden abzustimmen. Wie das geklappt hat, könnte sich schon Montag Mittag zeigen. Dann trifft sich der Vorstand des Gemeindeverbands Syvicol, und die *Plans sectoriels* stehen auf der Tagesordnung ganz oben. pf

Acht Erden wegen Luxemburg

Nicht einen, sondern acht Planeten benötige die Menschheit, wenn jeder so viele Ressourcen verbräuche wie die Bürger Luxemburgs, klagten die 23 NGO, die sich auf der Plattform Votum Klima zusammengeschlossen haben, und sie stellen an die Parteien 15 klima- und energiepolitische Wahlforderungen. Sie reichen vom Verzicht, „Schlupflöcher“ zu nutzen, die das Pariser Klima-Abkommen enthält, über die Forderung, Klima- und Energiepolitik sollten in einem einzigen Ministerium gebündelt werden, einem Einsatz für „Klimagerechtigkeit“ gegenüber Entwicklungsländern und den Schutz von Wäldern als CO₂-Speicher, bis hin zu 100 Prozent erneuerbaren Energien bis 2050, „grünen Finanzen“ und einem Nein zur Atomkraft. pf

Primaner

Am Dienstag um 8.15 Uhr beginnen die Examen für 3 516 Primaner, die ihr Abitur erkämpfen wollen, davon 1 737 im allgemeinen Sekundarunterricht (bisher: Technikum), 1 752 im klassischen Unterricht und 27 Schüler von Abendkursen. Eine Chiliarchiai von 1 254 Prüfern in 196 Kommissionen steht für ihre Bewertung bereit, bevor am 13. September die Herbstsession beginnt. rh.

Nationalläufer

Mit *Josy Barthel* (1927-1992) von Pierre Gricius als Fortsetzung der zwischen 1988 und 1995 gepflegten Reihe „Luxemburger Biografien“ (Editions Saint-Paul) erschien nun eine weitere Ministerbiografie. Allerdings wird die politische Laufbahn des liberalen Ministers für Transport, Umwelt, Energie und Tourismus nur knapp abgehandelt. Der Wasserschutzkommissar aus Mamer gehörte „wegen seiner Popularität als Sportler“ (S. 103) ab dem Herbst 1977 der DP/LSAP-Koalition an, war als Energieminister in der Erdölkrise verantwortlich und mitzuständig für die Planung und das Scheitern des Atomreaktors von Remerschen. Um so ausführlicher geht das Buch auf den Sportler Barthel ein, der 1952 bei den Olympischen Spielen in Helsinki eine Goldmedaille beim 1 500-Meter-Lauf errang. So wirft es auch einen blauäugigen Blick auf den Luxemburger Athletismus unter der Nazi-Besatzung und erzählt vom Streit zwischen Josy Barthel, seinem Manager François Mersch und den Sportfunktionären von Athletikverband und Olympischem Komitee. Wo Nationalhelden gehobelt werden, fallen eben Späne (Foto: besprochener Band). rh.



Wahlprogramme (3)

32-Stundenwoche ab 2030

Romain Hilgert

Das „aktuelle Modell Luxemburg ist nicht tragbar“, stellte der linke Abgeordnete Marc Baum am Dienstag bei der Vorstellung des provisorischen Wahlprogramms für den 14. Oktober fest. Wobei er weniger das alte Luxemburger Modell der Tripartite und Sozialpartnerschaft meinte, als das, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, doch sehr erfolgreiche Akkumulationsregime. Was er mit „tragbar“ meinte, erklärte er nicht. Ersetzte er aber „tragbar“ durch „nachhaltig“, gäben ihm inzwischen selbst das Mouvement écologique, CSV-Spitzenkandidat Claude Wiseler und die Handelskammer Recht.

Für Déi Lénk sei dagegen untragbar, dass die Einkommensschere sich öffne, das Armutsrisiko steige, die Arbeitslosigkeit nur marginal sinke, die Wohnungspreise „astronomisch“ seien, die Schulen die sozialen Unterschiede verstärkten die Abhängigkeit vom Finanzsektor Luxemburg international zum „Schmuddelkind“ mache, die Betriebe immer weniger zum Steueraufkommen beitragen und der öffentliche Transport „embryonal“ sei. Luxemburg sei europäisches Schlusslicht bei der Energietransition, die Umwelt verschlechtere sich, die Landwirtschaft ernähre die „eigene Bevölkerung“ nicht, nur Wenige seien an den Entscheidungsprozessen beteiligt, öffentliche Dienstleistungen würden privatisiert, Presse und Kultur kommerzialisiert.

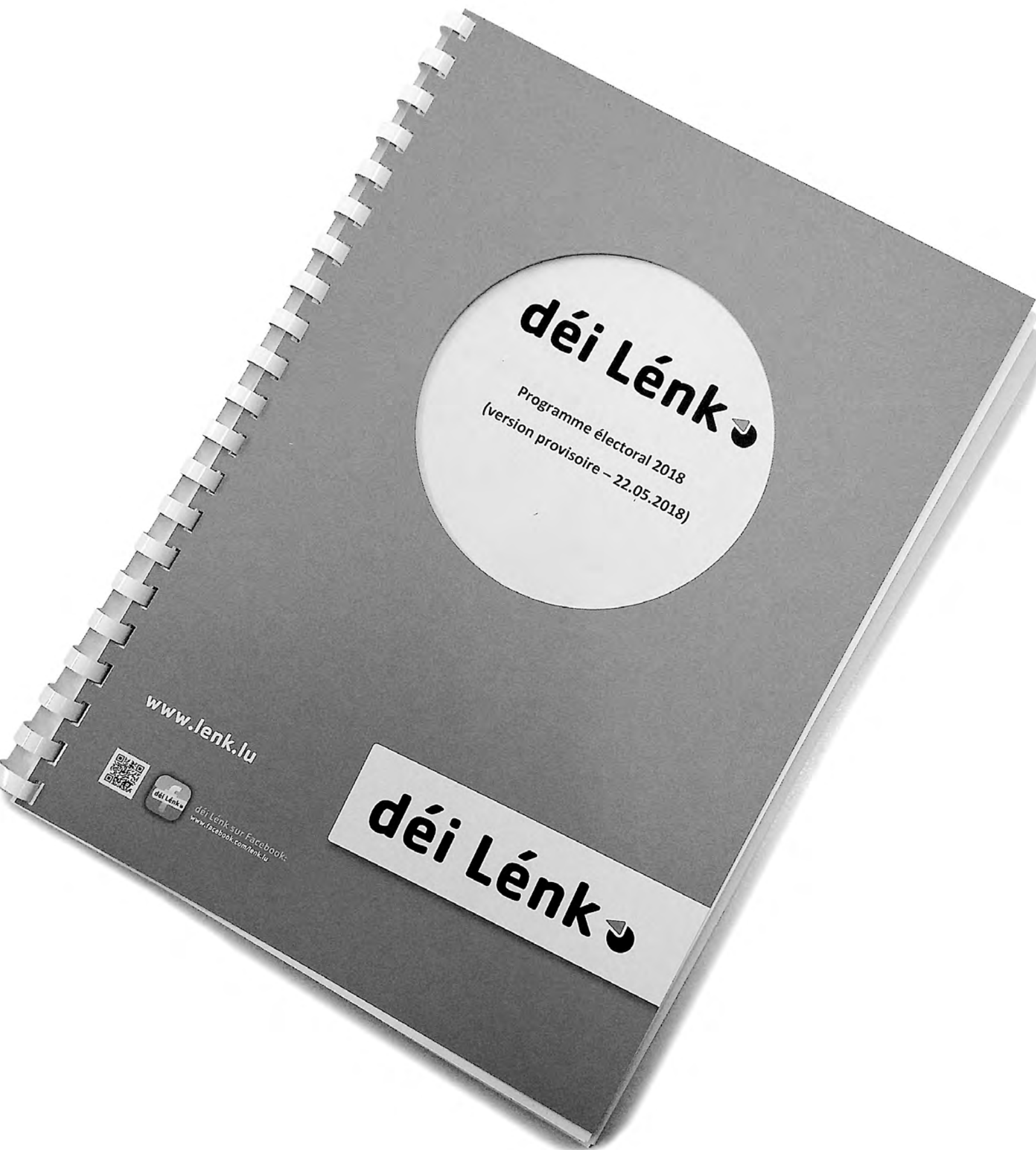
All jenen, die sich als Opfer solcher Verhältnisse fühlen, will das Wahlprogramm wieder „Perspektiven eröffnen“, versprach Marc Baum. Deshalb stellt Déi Lénk nun einen unpaginierten Entwurf ihres Wahlprogramms bis nächsten Monat im Internet zur Diskussion, bevor es endgültig verabschiedet werden soll. Gegenüber dem Programm von 2013 ist es ein völlig neuer Text. Mit 80 Seiten und etwa 400 oft sehr detaillierten Programmpunkten ist er vier Mal länger; drei der 22 Kapitel, über Digitalisierung, Hochschule und Einwanderung, fehlen noch.

Für den ehemaligen Abgeordneten Serge Urbany handelt es sich nicht bloß um ein Wahlprogramm, sondern auch um ein „ständiges Programm“, das über den Wahltag hinaus seine Gültigkeit behalten soll. An dem Papier wird seit einem „Zukunftsseminar“ gleich nach den Gemeindewahlen vor einem halben Jahr gearbeitet, so Parteisprecherin Carole Thoma. Das Seminar hatte sich auch mit dem Selbstverständnis und der Zukunft der demnächst 20-jährigen Partei beschäftigen sollen.

Die gescheiterten Reformbestrebungen unter Michail Sergejewitsch Gorbatschow in der Sowjetunion, der Untergang der DDR und der Tod von Parteipräsident René Urbany hatten Ende der Achtzigerjahre und Anfang der Neunzigerjahre die Kommunistische Partei Luxemburgs in eine existenzielle Krise gestürzt. Auf der Suche nach einem Ausweg gründeten Erneuerer in der Partei einige lokale Wahlbündnisse für die Gemeindewahlen 1993, wo Kommunisten und Nichtkommunisten als Nei Lénk kandidierten. Doch Ende 1993 wählte ein Kongress die Erneuerer aus sämtlichen Parteigremien, so dass zwei Dutzend von ihnen, darunter der Abgeordnete André Hoffmann, aus der Kommunistischen Partei austraten und bei den Kammerwahlen 1994 im Südbezirk als Nei Lénk erfolglos gegen die KPL kandidierten.

Zu Beginn des Wahljahrs 1999 wurde dann im Bonneweger Eisenbahnerkasino Déi Lénk gegründet, in der sich ehemalige Kommunisten der Nei Lénk, Trotzlisten der mit dem stalinistischen Erzfeind untergegangenen Ligue communiste révolutionnaire/Revolutionär Sozialistischen Partei, von den CSV/LSAP-Koalitionen enttäuschte Jungsozialisten und parteilose Linke zusammenfanden. Mit einem linkssozialistischen, ökologischen, feministischen und unideologischen Programm sowie einer an die Anfangsjahre der Grünen erinnernden basisdemokratischen Organisationsform erhielt déi Lénk 1999 vor allem aus einem linken Intellektuellen- und Beamtenmilieu ein Parlamentsmandat, das sie 2004 verlor. 2009 erhielt sie wieder ein Mandat und 2013 zwei, wobei die Mandatsträger im Laufe der Legislaturperioden rotierten.

Das neue Wahlprogramm hat ein wenig seine Prioritäten geändert. Denn begann das Programm von 2013 noch als Reaktion auf den Geheimdienstskandal und die Regierungskrise mit dem Kapitel „De-



Das Wahlprogramm von Déi Lénk ist viermal länger und weit detaillierter als 2013

mokratie und Verfassung“, kommt jetzt das linke Grundthema „Arbeit“ zuerst. Die LSAP verspricht 100 Euro netto mehr Mindestlohn, der OGBL will eine zehnprozentige und die Kommunistische Partei eine 20-prozentige Mindestlohnerhöhung. Déi Lénk schlägt in ihrem Wahlprogramm nun eine sofortige Erhöhung um 13 Prozent oder 251Euro und zwei Jahre später um weitere 130 Euro vor, damit der Mindestlohn 60 Prozent des mittleren Einkommens ausmacht, wie der Europäische Gewerkschaftsbund verlangt. Das bisherige Wahlprogramm sah eine Erhöhung um 300 Euro vor, damit der Mindestlohn über der Armutsgrenze liege. Der Anspruch auf den 20 Prozent höheren qualifizierten Mindestlohn soll nach zehn Jahren Berufserfahrung garantiert werden. DP, LSAP und Grüne hatten gleich nach ihrem Regierungsantritt den Putzfirmen versprochen, diese Lohnaufbesserung aus dem Arbeitsrecht zu streichen.

Ab nächstem Jahr soll eine sechste Urlaubswoche verallgemeinert werden und die Wochenarbeitszeit bis 2030 schrittweise auf 32 Stunden gesenkt werden, mit vorübergehenden Zuschüssen für Klein- und Mittelbetriebe. 2013, vor Rifkin, hatte man sich noch mit einem Rahmengesetz für die 35-Stundenwoche zufrieden gegeben. Ähnlich wie Zentralbanken *Lender of last resort* für zahlungsunfähige Banken sind, soll der Staat Arbeitgeber letzter Instanz sein und, ähnlich der Jugendgarantie, ein einklagbares Recht auf Ausbildung oder Arbeit schaffen. Die Betriebe sollen „als Ort gleichberechtigter Kooperation“ definiert und die Beschäftigten an allen „Entscheidungen (auch über strategische Fragen)“ verbindlich beteiligt werden. Für die Scheinselbstständigen der Internet-Firmen sollen neue arbeitsrechtliche Statute geschaffen werden.

Déi Lénk spart nicht mit Lob an der universellen und inklusiven Renten- und Krankenversicherung, die vom „neoliberalen Mainstream“ angegriffen werde. Deshalb sieht sie sicherheitshalber auch von dem noch 2013 erwogenen bedingungslosen Grundeinkommen ab. Sie will die strukturellen Rentensenkungen der Reform von 2012 rückgängig machen und die Versicherungspflicht auf jene ausweiten, die vorübergehend nicht in einem Lohnarbeitsverhältnis stehen. Die Beitragsbegrenzung auf den fünffachen Mindestlohn will sie abschaffen, die Babyjahre auf 24 Monate ausweiten. Das garantierte Mindesteinkommen soll von 1 401 auf 1 689 Euro erhöht werden, um über der Armutsgrenze zu liegen.

Die Partei will wegen der Leistungskürzungen die Reform der Pflegeversicherung zurücknehmen und zu ihrer Finanzierung Unternehmerbeiträge einführen. An die Widersprüche der liberalen Medizin im Rahmen der öffentlichen Zwangsversicherung traut sie sich nicht heran, kritisiert aber die Geschäfte der Privatlabors.

Déi Lénk schlägt vor, die Stipendien von 1 000 Euro pro Semester und das Kindergeld für Volljährige durch eine monatliche Autonomiezuzahlung von 400 Euro zu ersetzen, die direkt an Studierende und Lehrlinge ausgezahlt wird. Sie soll zusätzlich durch die Wiedereinführung der im Laufe der Jahre auf null gesetzten Unternehmerbeiträge zur Familienzulagenkasse, der *Zukunftskeess*, finanziert werden. Die Familienzulagen sollen wieder automatisch an den Index angepasst werden. Der Elternurlaub soll um ein halbes Jahr verlängert und die Kinderbetreuung kostenlos werden, so dass die *Chèques-service* und die kommerziellen Kindertagesstätten verschwinden können.

Zur Bekämpfung der „akuten Wohnungskrise“ soll die öffentliche Hand massiv kostengünstige Mietwohnungen bauen. Die Gemeinden sollten den Wertzuwachs bei der Umklassierung von Bauland besteuern, die im *Pacte logement* mögliche Besteuerung von während drei Jahren brachliegendem Baugelände soll obligatorisch werden.

Sehr ausführlich ist das Bildungskapitel im Wahlprogramm, vielleicht weil die Pädagogen in der Partei besonders fleißig sind. Déi Lénk will „langfristig“ die in den Siebzigerjahren auch von LSAP-Lehrern verlangte Gesamtschule bis zum Ende der gesetzlichen Schulpflicht einführen und Ganztagschulen fördern. Kategorisch lehnt sie die von der DP geförderte Schulautonomie und die Konkurrenz zwischen den Lyzeen ab und will die öffentliche Schule gegen Privatisierungstendenzen verteidigen. Am überraschendsten im Vergleich zum Programm von 2013 ist vielleicht, dass Déi Lénk die Grundschüler auf Luxemburgisch, der Verkehrssprache in den Vorschulen, alphabetisieren und sie dann Französisch statt Deutsch als erste Fremdsprache lehren will.

Entschieden lehnt Déi Lénk die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen ab. Sie will in deren Interesse das Beamtenstatut schützen und, wie inzwischen mehrere andere Parteien, die Senkung der Anfangsgehälter beim Staat rückgängig machen.

Die Partei nimmt das Zwangskorsett der Haushaltspolitik in der Euro-Zone hin, will aber die Besteuerung der großen Unternehmen erhöhen und die Steuerbefreiung der Dividenden, spezialisierten Investitionsfonds (FIS), *Stock-Options*, Urheberrechte und was sonst noch ausländisches Kapital zu einem kurzen Umweg nach Luxem-

Déi Lénk spricht sich für eine „schrittweise Abkehr“ von Finanzaktivitäten durch Steuerflucht aus, schrittweise sollen Steuererhöhungen auf Dieselkraftstoff den Tanktourismus beenden

burg ermutigt, zurückdrängen. Denn sie spricht sich für eine „schrittweise Abkehr“ von auf der Steuerflucht gründenden Finanzaktivitäten aus, wie auch der Tanktourismus schrittweise durch Steuererhöhungen auf Dieselkraftstoff beendet werden soll. Durch ein Bonus-Malus-System sollen die Unternehmen in Richtung sozial-ökologische Transition bewegt werden.

Die Steuerklassen für natürliche Personen sollen abgeschafft und die Besteuerung der Haushalte nach Konsumeinheiten gewichtet werden. Die Vermögenssteuer für natürliche Personen soll wieder eingeführt, über die Erbschaftsteuer in direkter Linie soll aber vorsichtshalber bloß „diskutiert“ werden.

Déi Lénk will sich „weiter für eine Republik einsetzen“ und das Wahlrecht allen dem nationalen Recht unterliegenden Bewohnern einräumen, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft. Wie fast alle kleineren Parteien zieht sie einen einzigen landesweiten Wahlkreis vor. Auf die noch 2013 verlangte Abschaffung des „Spitzeldienstes“ wird, wohl als Reaktion auf die Terroranschläge in Paris und Brüssel, inzwischen verzichtet. Dafür hält sie aber am Austritt aus der Nato fest.

Seit 2013 ist Déi Lénk auch im Postfeminismus angekommen und verzichtet auf ein eigenständiges Kapitel zur Gleichstellung. Auch ihr Eifer für den Tierschutz hat sich gelegt, dessen Adepten scheinen zu Pid und Piraten weitergewandert zu sein.

Doch ein Wahlprogramm mit Hunderten von Detailvorschlägen aufzusetzen, ist eine Sache. Die andere ist, es umzusetzen, wenn die Aussichten auf eine Regierungsbeteiligung eher gering sind. Denn nicht einmal die CSV glaubt richtig daran, dass zwei linke Abgeordnete die Mehrheit der liberalen Koalition retten wollen.

Deshalb hat Déi Lénk zwei Zauberwörter: „Transformation“ und „historischer Block“. Transformation ist ein technisch klingender Begriff für die auf den Revisionismusstreit und die Eurokommunisten zurückgehende Vorstellung, dass es eine Art revolutionären Reformismus gibt, durch den kleine quantitative Veränderungen nach den Gesetzen der Dialektik einmal in eine große qualitative umschlagen. „Systemverändernd, transformativ“ nennt Serge Urbany Déi Lénk. Ihr Wahlprogramm müsse laut Marc Baum so den „Spagat zwischen mittel- und langfristigen Zielen und gleichzeitig ganz konkreten, direkten Maßnahmen“ versuchen, um eine „grundlegende Veränderung des Modells Luxemburg“ zu erreichen.

Zur „grundlegenden Veränderung“ rief Serge Urbany am Dienstag alle Personen und Organisationen, die sich für den „Umweltschutz einsetzen, alternative Produktionsformen versuchen, die Gewerkschaften, die sozialen Vereinigungen...“ auf, einen neuen „historischen Block“ zu konstruieren. In der Denkweise des italienischen Philosophen Antonio Gramsci ist das nicht nur ein soziales Bündnis, sondern die Gesamtheit von Politik, Kultur, Ideologie und Wirtschaft, die zu einer neuen Hegemonie führen kann. Als richtigen politischen Widersacher machte Serge Urbany folglich nur „die kleine Schicht von Ultrareichen“ aus, eine Paraphrase des etwas problematischen *Occupy-Wallstreet*-Mottos „We are the 99%“.

Der Ärztesverband wünscht sich „alternative Kassen“ nach den Wahlen

„Das Monopol der CNS aufweichen“

Peter Feist

Es ist mal wieder soweit: Organisationen schreiben den Parteien Wunschzettel für den Wahlkampf. Manche nennen das „Virschléi“, wie der Mouvement écologique, andere „Contributions“, wie der Unternehmer-Dachverband UEL. Wieder andere bezeichnen ihre Ideen unverblümt als „Forderungen“, wie die Plattform Meng Landwirtschaft. Der Ärztesverband AMMD hat ebenfalls niedergeschrieben, was er sich wünscht, und bescheiden mit „Überlegungen im Vorwahlkampf“ betitelt. Dabei haben die es in sich. Zum Beispiel steht dort: „Im Interesse der Patienten und im Sinne eines dynamischen und kompetitiven nationalen Gesundheitssystems muss die Monopolstellung der Gesundheitskasse aufgeweicht werden.“ Und dass es „notwendig“ sei, „die Zuständigkeiten alternativer Kassen zu fördern und auszubauen, damit ein möglichst breites Spektrum an Leistungen versichert werden kann und versichert werden wird“.

Auch ohne viel Fantasie versteht man: Macht die nächste Regierungsmehrheit sich diese Überlegungen zu eigen und setzt sie um, könnte die „Krankenversicherung für alle“ aufhören zu existieren, und die zurzeit nur punktuell bestehende Zweiklassen-Medizin nähme zu. Denn „alternative Kassen“ müssten die Leute sich leisten können, und wer das nicht könnte, dem bliebe der Zugang zu einem „möglichst breiten Spektrum an Leistungen“ verschlossen. Folglich geht es der AMMD, der Schluss liegt nahe, in ihren Überlegungen in Wirklichkeit um das Portemonnaie der Ärzte.

Doch die AMMD begründet, was sie angedacht hat, so: Jeder Arzt wird in Luxemburg automatisch und obligatorisch Kassenarzt. Anbieten kann er nur, was in der Gebührenordnung steht. Die aber ist hoffnungslos veraltet. Zwar haben AMMD und CNS begonnen, sie zu überarbeiten, darüber dürften aber noch ein paar Jahre vergehen. In der Zwischenzeit jedoch bestehe der dem Sozialminister unterstehende Medizinische Kontrolldienst der Sozialversicherung „auf einer harten und wortgetreuen Interpretation der bestehenden Gesetzeslage und verschließt somit den Ärzten jeglichen Handlungsspielraum“.

Falls das stimmt, ginge es der AMMD nicht nur ums Portemonnaie der Ärzte. Vielmehr würde es heißen, dass beamtete Ärzte einer Abteilung des Sozialministeriums eine Übergangsphase verhindern, in der ein Arzt draußen im Land anbieten könnte, was noch nicht in der Gebührenordnung steht. Die Leidtragenden wären die Patienten, obwohl ihnen der *Code de la sécurité sociale* eine Behandlung garantiert, die den „acquis de la science“ entspricht.

Ob der einzige Ausweg aus dieser Lage im Ausbau der „Zuständigkeiten alternativer Kassen“ besteht, fragt sich natürlich. Ob das Problem so groß ist, wie die AMMD es darstellt, fragt sich auch. Ihr Präsident Alain Schmit lehnte es ab, das mit dem *Land* zu diskutieren: Nach dem 28. Mai, kommenden Montag also, werde der Ärztesverband dazu „eine Kommunikation machen“, schrieb er per E-Mail. Eigentlich hatte die AMMD am Donnerstag vergangener Woche eine Pressekonferenz abhalten wollen, sie aber abgesagt, nachdem am Tag zuvor Staatssekretär Camille Gira überraschend verstorben war.

Das Sozialministerium kommentierte die Frage, wie der Minister Romain Schneider (LSAP) unmittelbar unterstehende Medizinische Kontrolldienst vorgeht und ob er auf Weisung des Ministers agiert, ebenfalls nicht. Romain Schneiders Generalkoordinator und Sprecher Abilio Fernandes versprach, „bei den Kollegen vom Contrôle médicale nachzufragen, ob sie ihren Ansatz geändert haben“, meldete sich bis zum Redaktionsschluss dieses Artikels aber nicht zurück. „Beim Contrôle médical nachfragen“ zu wollen, impliziert jedoch, dass der Minister mit der Haltung seiner *Kontrolldokteren* am besten nicht in Verbindung gebracht werden soll. Und natürlich auch nicht damit, dass zurzeit womöglich nicht jeder CNS-Versicherte eine Behandlung nach dem Stand der Wissenschaft erhalten könnte.

Wie gravierend die Lage tatsächlich ist, könnte sich erst zu erhellen beginnen, wenn der Ärztesverband

deutlicher erklärt, was er meint. Aber selbst in Ärztekreisen wurden bisher nur wenige Konflikte um „Einschränkungen“ bekannt. Eigentlich waren es nur zwei. In einem Fall entschied der CNS-Vorstand auf Anraten des Medizinischen Kontrolldienstes, Patienten mit einer Arthrose im Knie nicht mehr die Kosten für das Medikament Hyaluron zu erstatten. Bis dahin war es rund 6 000 Mal pro Jahr verabreicht worden, doch der Kontrolldienst berief sich auf die französische Haute Autorité de Santé, die zu dem Schluss gekommen war, das Medikament wirke nicht gut genug. Die AMMD entgegnete schockiert, die Hyaluron-Spritzen wirkten in 70 Prozent der Fälle und erlaubten es, den Einsatz einer Knieprothese über Jahre hinauszuschieben. Der Kontrolldienst blieb jedoch bei seiner Einschätzung.

In dem zweiten Fall beschloss die CNS, dass die Verschreibung von „Biotherapien“ bei Autoimmunerkrankungen nur noch bestimmten Fachärzten vorbehalten sein soll. Für die AMMD kam das einem Eingriff in die dem Arzt gesetzlich garantierte Verschreibungsfreiheit gleich.

Ein dritter Konflikt wurde in den Osterferien laut, war aber keiner: Da beschwerte die AMMD sich in einem offenen Brief an Kammerpräsident Mars Di Bartolomeo, die CNS verpflichte die Privatlabors neuerdings zu kontrollieren, welche und wie viele Analysen die Ärzte verschreiben. Sie habe die Labors angewiesen, Patienten mit nicht konformen Verschreibungen abzuweisen. Die AMMD ver-

Die Forderungen der AMMD scheinen Ausdruck schon lange bestehender Widersprüche in dem öffentlich finanzierten System zu sein, in dem Freiberufler die Hauptakteure sind

schwieg jedoch, dass schon vor den Osterferien entschieden worden war, auch mit einer nicht konformen Verschreibung sollte kein Patient fortgeschickt werden, sondern gegebenenfalls – wie bisher – aus eigener Tasche bezahlen, wofür die CNS nicht aufkommt.

Desinformationen zu angeblichen Kontrollen und Klagen darüber, dass die Verschreibung einer Therapie von Fachkompetenz abhängig wurde, eignen sich nicht gut als Basis, um behaupten zu können, das bestehende System enthalte Patienten mit CNS-Karte Behandlungen vor. Da bleiben als Beispiel vielleicht nur die Arthrose-Spritzen. Doch selbst das hat nichts zu tun mit der Verschreibungsfreiheit und den Lücken in der Gebührenordnung, wegen denen nicht alle Behandlungen angeboten werden können – sondern damit, dass die CNS für ein Medikament nicht mehr zahlt. Und selbst aus Lücken im Tarifwerk muss nicht folgen, dass der Arzt nichts machen kann. Für den Einsatz von Zahnimplantaten etwa ist in der Zahnärzte-Gebührenordnung bis heute weder ein Behandlungsakt definiert, noch ein Tarif, der in Rechnung gestellt werden kann. Dennoch werden Implantate eingesetzt; der Patient bezahlt dafür selber.

Leider kann man aus all dem nicht so einfach schließen, dass die AMMD viel Lärm um nichts macht. Der Lärm scheint Ausdruck schon lange bestehender Widersprüche in dem von Staat und CNS recht und schlecht regulierten Gesundheitssystem zu sein, dessen wichtigste Akteure die Ärzte sind. Doch die automatisch und obligatorisch zu Kassenärzten gemachten Mediziner sind zum größten Teil Freiberufler, sogar in den Spitälern. Freiberufler aber sind Alleinunternehmer, die auf Umsatz und Gewinn achten. Deren Höhe entscheidet sich vor allem am Inhalt der Gebührenordnung, an der Möglichkeit, „Privatbehandlungen“ vornehmen zu können, und daran, wie viel der Arzt arbeitet. Für Arztleistungen gilt in Luxemburg in erster Linie das Prinzip *Fee-for-service*. Jeder Behandlungsakt hat einen Preis, und wer viele Behandlungen vornimmt, verdient viel.

Dass die AMMD sich „alternative Kassen“ neben der CNS wünscht, deutet klar darauf hin, dass es ihr um Verdienstmöglichkeiten an Leistungen geht, für die die CNS nicht aufkommt. 2013 und 2014 diskutierten Kasse und Ärztesverband erfolglos über eine Ausweitung von Zusatzbehandlungen. Das Problem war unter anderem, dass Zahnärzte in der Hinsicht freier sind als andere Ärzte, doch diesen dieselben Möglichkeiten einzuräumen wie den Dentisten, lehnte die CNS ab. Die AMMD gab die Frage an den Sozialminister weiter, scheint von ihm aber noch immer keine Antwort erhalten zu haben. Denn nach wie vor macht sie entschiedenen Front gegen den *Tiers payant généralisé*, über den Romain Schneider im Januar sagte, er könne auch per Gesetz eingeführt werden. Kurz zuvor hatte die AMMD ihm wieder einen Brief geschickt und „umgehend“ mehr Freiheiten zur Abrechnung von Zusatzleistungen verlangt.

Vielleicht lassen ihre „Überlegungen“ sich mit Frust über den Minister erklären. Andererseits scheint sie zu Recht darauf zu verweisen, dass bei steigender Einwohnerzahl ein Ärztemangel drohe: Zwischen 2007 und 2016 hat die Alterspyramide der Mediziner sich deutlich in Richtung der ab 50-Jährigen verschoben. Da Luxemburg seine Ärzte nicht selber ausbildet, die Medical School an der Universität schrittweise aufgebaut wird und ohnehin nicht dazu gedacht ist, den gesamten Ärztenachwuchs zu liefern, fragt sich durchaus, wo er herkommen soll, wenn nicht überwiegend aus dem Ausland. Und wie er für eine Tätigkeit hierzulande interessiert werden soll. Bisher funktioniert das vor allem über das Versprechen auf hohe Einkünfte für den, der viel arbeitet, und über den Vorteil, dass jeder Arzt, der sich hier niederlässt, Kassenarzt wird und bei der CNS abrechnen kann. Letzteren Punkt scheint auch die AMMD so zu sehen, denn von der von ihr früher verlangten „Dekonventionierung“ ist in den „Überlegungen“ keine Rede. So unbequem sitzt es sich demnach nicht auf dem Ast der CNS, deren Monopol man aufweichen will.



Die Alterspyramide der Mediziner hat sich in Richtung der ab 50-Jährigen verschoben. Bei wachsender Einwohnerzahl zeichnet sich Ärztemangel ab

Die Türkei vor den Wahlen

Augen zu und durch



Ein Wahlplakat für Erdogan und seine Partei, die AKP, bei den Parlamentswahlen 2011

Cem Sey, Berlin

Wird der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan bei der Präsidentschaftswahl am 24. Juni entmachtet? Diese Frage beschäftigt in diesen Tagen die westeuropäische Öffentlichkeit. Sie schaut auf die Opposition in der Türkei. Viele hoffen, dass Erdogans als gemäßigt Konservativ geltende Konkurrentin Meral Aksener die Präsidentschaftswahl gewinnt, obwohl sie davor in der ultra-nationalistischen Partei der Nationalen Bewegung (MHP) war und deshalb verdächtigt wird, genau so anti-westlich zu sein wie Erdogan. Manche Europäer wünschen dagegen die Laizisten der Republikanischen Volkspartei (CHP) an die Macht. Kaum jemand im Ausland will eine Wiederwahl Erdogans.

Wenn diese Aufgabe der Opposition überlassen wird, werden diese Hoffnungen womöglich verpuffen. Denn sie hat gerade größere Probleme als Erdogan. Die Oppositionspolitiker bekämpfen nämlich sich selbst. Nachdem Erdogan die Wahlen überraschend vorzog, zankten sie zunächst vergeblich um einen geeigneten gemeinsamen Kandidaten. Weil Aksener unbedingt selber kandidieren wollte, wurde die Idee begraben. Nun stellt jede Oppositionspartei eigene Kandidaten auf und hofft, dass es Erdogan nicht gelingt, schon in der ersten Runde die Wahl für sich zu entscheiden.

Dann schmiedeten die Oppositionsführer für die zeitgleich stattfindenden Parlamentswahlen eine Koalition. Denn Erdogan hatte die MHP längst mit seiner Partei der Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) zusammengeführt, um der MHP über die Zehn-Prozent-Hürde zu verhelfen. CHP und Akseners Gute Partei (İYİ Parti) bildeten mit weiteren bedeutungslosen rechten Parteien die Allianz der Nation, schlossen jedoch die Demokratische Partei der Völker (HDP) aus, die ebenfalls mit der Wahlhürde zu kämpfen hat. Denn die Allianz der Nation ist, wie der Name jeden erraten lässt, nationalistisch und findet die HDP zu kurdisch und zu links. Die Mainstream-Opposition konnte nicht über den eigenen Schatten springen und riskiert, bald nicht einmal dazu in der Lage zu sein, nach einem eventuellen Wahlsieg Erdogans ihm das Leben mit parlamentarischen Mitteln zu erschweren. Denn das wäre nur mit einer Parlamentsmehrheit möglich und die wiederum gibt es nur, wenn Scheitert die HDP an der Wahlhürde, wird voraussichtlich die AKP alle Mandate in den kurdischen Gebieten gewinnen und eine verfassungsgebende Mehrheit sichern.

Kaum jemand im west-europäischen Ausland will eine Wiederwahl von Recep Tayyip Erdogan

Eben diese kurzsichtigen Kämpfe und Orientierungslosigkeit der Opposition entmutigt diejenigen Türken, die Erdogan nach 17 Jahren loswerden wollen. Inhaltlich sieht es nicht besser aus. Die Opposition ist nationalistischer als Erdogan. Sie kritisiert Erdogan im Grunde nur deshalb, weil er angeblich nicht hart genug gegen den Westen auftritt, Kurden nicht entschieden bekämpft, ja, früher sogar mit der kurdischen Guerillaorganisation PKK Friedensgespräche führte und schließlich weil er den für den gescheiterten Putschversuch verantwortlich gemachten Prediger Fethullah Gülen und seine Gefolgsleute nicht hartnäckig genug verfolgte.

Dennoch haben Erdogan-Gegner eine reale Chance. Denn auch Erdogan macht entscheidende Fehler. Zuletzt verunsicherte er die eigenen Wähler mit seinen wirtschaftspolitischen Aussagen. Der Hintergrund dafür ist mindestens so kompliziert wie die politische Lage des Landes. Da die Zinsen in der Türkei seit 2000 hoch sind und der US-Dollar schwach, lebt die türkische Wirtschaft von ausländischen Investoren. Doch seitdem der US-Dollar wieder an Wert gewinnt und alle sogenannte Neuen Märkte zum Stolpern bringt, ziehen die Investoren ihr Geld ab und investieren lieber in US-Dollar. Die türkische Lira blutet aus. Mit sinnlosen politischen Kämpfen, seinem Autoritarismus und der aggressiven Außenpolitik heizt Erdogan die Krise zusätzlich an. Seine Art verunsichert die Investoren. Dadurch büßte die türkische Währung seit Jahresanfang einen Viertel ihres Wertes gegenüber dem US-Dollar ein.

Hätte die AKP bisher eine solide Wirtschaftspolitik gemacht, hätte die türkische Wirtschaft dem Druck widerstanden. Doch Erdogan und seine Ökonomen nutzten die ins Land fließenden Milliarden in knapp 20 Jahren nicht dazu, eine nachhaltige und produktive Wirtschaft aufzubauen. Stattdessen wurden mit „heißem Geld“ notwendige Rohstoffe und Bauteile für den Privatsektor billig importiert. Auch der Konsum stieg rasant. Jetzt verteuern sich Importe, von denen die türkische Wirtschaft abhängig ist und das führt zu einer schnell steigenden Inflation. Der Privatsektor ist heute hoch verschuldet und ein Risikofaktor. Der Staat errichtet bereits Fonds, um zahlungsunfähigen Firmen unter die Arme zu greifen. Ein neues Gesetz schafft die Voraussetzung dafür, Devisentransfer ins Ausland zu stoppen.

Damit vor den Wahlen die Arbeitslosigkeit nicht weiter steigt, verhindert Erdogan die Erhöhung

Die CSU und die Flüchtlingskrise

Heimatsumpf

Martin Theobald, Berlin

Horst Seehofer, einst bayerischer Ministerpräsident und nun Bundesminister des Innern und für Heimat, hat sich seinen Rückzug nach Berlin ruhiger vorgestellt: hin und wieder markante Sprüche klopfen, den Hardliner geben und wenig Rücksicht auf die Koalitionspartner nehmen. Doch nun zwingt ihn der Bremer Bamf-Skandal zur politischen Positionierung – gegen ungeahnte Bündnisse.

Den Anfang nahm der Skandal um das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) in dessen Außenstelle Bremen. Dort sollen – angeblich gegen Zahlungen – Asylanträge bewilligt worden sein. Auch für Flüchtlinge, für die das Bremer Bamf gar nicht zuständig war, weil darüber nach dem geltenden Wohnortprinzip das Bundesland zu entscheiden hatte, in dem der Flüchtling registriert war. Per Busreisen wurden Schutzsuchende nach Bremen gebracht, um dort den Asylantrag zu stellen. Die Praxis geschah vermutlich mit dem Wissen, wenn nicht sogar mit der Billigung und der Unterstützung der damaligen Leiterin des Bremer Bamf. Zwischen 2013 und 2016 soll so mindestens 1 200 Menschen ohne ausreichende rechtliche Grundlage Asyl gewährt worden sein. Es laufen Ermittlungen wegen Bestechlichkeit und bandenmäßiger Verleitung zur missbräuchlichen Asylantragstellung. Die Mitarbeiterin des Bremer Bamf, die als Whistleblowerin den Skandal öffentlich machte, wurde nach Süddeutschland versetzt. Gegen diese Versetzung wehrte sie sich in einem Brief an den für das Bamf zuständigen Minister: Horst Seehofer.

Der bayerische Landtagswahlkampf zwischen den beiden rechten Parteien CSU und AfD ist mit der Bamf-Affäre auf Bundesebene angekommen

Dieser kündigte – ganz politischer Routinier – sofort und umgehend Konsequenzen an. Er werde alles tun, „damit die Dinge ohne Ansehen von Personen oder Institutionen aufgeklärt werden, denn sie haben das Vertrauen in das Bamf beschädigt“, kündigte er in einem Interview mit der *Mittelbayerischen Zeitung* an. „Ich werde in der nächsten Woche Entscheidungen über organisatorische und gegebenenfalls auch personelle Konsequenzen treffen.“ Dies könnte jedoch vor allen Dingen eine treffen, denn Jutta Cordt, Chefin des Bamf, wusste wohl früher über den Bremer Skandal Bescheid, denn sie zugeben wollte und blieb dennoch tatenlos. Vielmehr verdonnerte sie ihre Behörde, den Skandal „geräuschlos“ und oberflächlich auf- und abzuarbeiten, wie es in behördeninternen E-Mails hieß, die Cordt kannte, aber deren Existenz sie bei einer Anhörung dem Innenausschuss des Bundestags verschwieg.

„Wenn sich weiter verdichtet, dass die Leiterin des Bamf entweder Hinweise ignoriert hat oder nicht hinreichend informiert wurde, ist sie kaum mehr zu halten“, sagte Luise Amtsberg, flüchtlingspolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion im Bundestag, der Tageszeitung *Rheinische Post*. Seehofer dagegen laviert. Er möchte Parteifreunde nicht beschädigen, sein Ministerium mit Aufsichtspflicht schonen und muss dennoch eingreifen, aufklären: Er müsse jetzt entscheiden, „was wir an Vorkehrungen treffen müssen, damit rechts- und regelwidrige Asylverfahren verhindert werden können und ob die im letzten Jahr eingeführten Maßnahmen zur Qualitätssicherung wie das Vier-Augen-Prinzip ausreichend sind.“ Es muss eine Menge geschehen. Nicht nur in Bremen. Inzwischen werden zehn weitere Außenstellen des Bamf überprüft, die Flüchtlingen über- oder unterdurchschnittlich oft Schutz oder Asyl gewährt haben. Ob dies nun dort – anders als in Bremen – aus Schlamperei, Unvermögen oder Überlastung geschehe, wertet Seehofer ganz klar: „Letzteres scheint der Fall zu sein. Aber ich sage immer: Scheint der Fall zu sein. Wir sind ja mit Hochdruck dabei, die ganzen Dinge aufzuklären.“

Da möchte der Bundestag mitreden. FDP und AfD fordern einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss. Für einen solchen Ausschuss muss jedoch ein Viertel der Abgeordneten zustimmen. Deshalb ist eine weitere Fraktion nötig. Die Grünen lehnen jedoch einen solchen Untersuchungsausschuss ab, die Linke hält sich bedeckt, weiß nicht recht, ob sie mit der AfD gemeinsame Sache machen soll. Die SPD übt sich in Verbalnoten: Horst Seehofer möge durchgreifen. Dazu benötige es jedoch keine parlamentarische Untersuchung. „Wir brauchen eine Flüchtlingsbehörde, die in jedweder Hinsicht gut funktioniert und arbeitet“, beschwichtigt Burkhard Lischka, bei der SPD für Innenpolitik zuständig. CDU und CSU sind mit Seehofer zufrieden: Die angekündigte Überprüfung der Arbeit des Bamf durch den Bundesrechnungshof sei genau richtig. Dieser sei unabhängig und befähigt, mögliche systemische Mängel beim Bamf aufzudecken, so der CDU-Innenexperte Mathias Middelberg.

Doch die AfD zweifelt den Aufklärungswillen Seehofers weiter an. Ein Ausschuss zur Untersuchung „der ganzen Bamf-Affäre ohne vorausgehende Begrenzung des Untersuchungsinhalts sei nötiger denn je“, forderte etwa Gottfried Curio, innenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion. Damit ist der bayerische Landtagswahlkampf zwischen den beiden rechten Parteien CSU und AfD endgültig auf Bundesebene angekommen. Die AfD wird die CSU – und insbesondere deren Chef Horst Seehofer – vor sich her treiben. Und das mit dem einzigen Thema, das die AfD hat: Flüchtlinge. Ein Untersuchungsausschuss böte viel Sendezeit, um das Thema virulent zu halten.

des Zinssatzes. Gleichzeitig unterstellt er seinen Kritikern Zusammenarbeit mit „dunklen ausländischen Mächten“. Zuletzt machte er überdies den Fehler in London den ausländischen Investoren ins Gesicht zu sagen, dass er diese Politik weiterführen würde, sollte er die Wahl gewinnen und beschleunigte so den Vertrauensverlust in die türkische Wirtschaft. Experten fürchten, dass nun noch weniger ausländisches Kapital ins

Land kommt und die Wirtschaft in eine noch tiefere Krise stürzt. Und diese Befürchtung, die öffentlich rege diskutiert wird, kommt bei jenen Wählern nicht gut an, die Erdogan bisher vor allem aus wirtschaftlichen Gründen wählten. So gefährdet Erdogan seine Macht selbst – auch wenn die Opposition unfähig ist. Er weiß aber, dass es zu spät ist für eine Kurskorrektur. Ihm bleibt nur einen Weg: Augen zu und durch!

14 126

ticker

Post I



Post Group konnte im vergangenen Geschäftsjahr ihren Umsatz um sechs Prozent auf 769,6 Millionen Euro steigern. Die Steigerung sei auf die Übernahme der neuen Tochtergesellschaft Elgon zurückzuführen, erklärte Generaldirektor Claude Strasser vergangenen Freitag, aber auch auf Umsatzsteigerungen in den verschiedenen Aktivitätsbranchen der Post. Das kann überraschen, denn vergangenes Jahr sank die Zahl der zugestellten Briefe um vier Prozent und die Roaming-Gebühren wurden abgeschafft, was für die Post zu Umsatzeinbußen führte. Auch wenn es weniger Briefe zu verteilen sind, müsse die Post genauso viele Briefträger auf Runden schicken, erklärte Strasser. Zwar steigt die Zahl der Pakete, die mit der Post von Singapur von Asien über Luxemburg in Europa verteilt würden. Doch die Margen im Logistikgeschäft seien gering, so der Generaldirektor. Durch den Wegfall der Roaminggebühren entstanden der Post vergangenes Jahr Umsatzeinbußen von acht Millionen Euro. Die konnte das Unternehmen aber quasi integral durch die Verkäufe der neuen I-Phone-Generationen kompensieren. Dass die Postkunden keine Hemmungen mehr mit dem Daten-Roaming haben, zeigen die Nutzungsstatistiken aus dem vergangenen Jahr deutlich: Im Vergleich zu 2016 stieg der Datenverbrauch im Juni, als die Roaming-Schranken fielen, um 1 210 Prozent. Auch die Finanzsparte CCP konnte ihren Umsatz steigern. Zum Leidwesen der Post, die angesichts der niedrigen Zinsen Probleme hat, die Kundeneinlagen anzulegen, ohne dass ihr Verluste entstehen, und bereits eine Partnerschaft mit der Raiffeisen eingegangen ist, um den Schalterkunden Anreize zu geben, ihr Ersparnis der Kooperationsbank anzuvertrauen, stiegen die Kundeneinlagen beim CCP um weitere 184 Millionen auf 1,866 Milliarden Euro an. Dabei verrechnet

auch die Post mittlerweile Unternehmen Strafzinsen auf ihren Einlagen. Strasser bemühte sich vergangenen Freitag, die Polemik um die Kontogebühren zu entschärfen. Auch nach der Gebührenreform sei es weiterhin möglich kostenfrei Bankoperationen durchzuführen. Mit dem Olai habe man eine Einigung gefunden, um Asylantragstellern ebenfalls die gebührenfreie Nutzung einer Bankkarte zu ermöglichen. Die Post komme auch anderen wenig finanzkräftigen Kunden oder solchen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, auf Anfrage entgegen. Das Post-Unternehmen investiert weiterhin viel in den Ausbau seiner Infrastruktur – Glasfasernetze und schnellere Mobilfunknetze. Vergangenes Jahr beliefen sich die Investitionen auf 221,5 Millionen Euro. Rückblickend habe man den Auftrag des Post- und Wirtschaftsministers Etienne Schneider (LSAP), der vor fünf Jahren einen Marshall-Plan an Investitionen angekündigt hatte, zu dem die Post 968 Millionen Euro beitragen sollte, mit Investitionen von 893 Millionen Euro seit 2013 quasi erfüllt, so Strasser. Die Post-Gruppe konnte auch dank des Verkaufs der Eutelsat-Beteiligung ihren Gewinn um 60 Prozent auf 36,7 Millionen Euro steigern. Sie wird auch dieses Jahr dem Staat eine Dividende von 20 Millionen Euro bezahlen. Das hatte sie auch die vergangenen Jahre gemacht, obwohl sie keine 20 Millionen Euro Gewinn erzielt hatte. (Foto: pg) ms

Post II

Offensichtlich hatten Post-Management und Verwaltungsrat die Faxen beim Telekomanbieter Join dicke. Ende 2017, ist dem Jahresbericht der Post zu entnehmen, einigte man sich mit den Join-Gründern darauf, die verbleibenden 34 Prozent am Unternehmen, die ihnen noch gehörten für einen Euro aufzukaufen. Dadurch hat die Post de facto die Kontrolle von Join vollständig übernommen, auch wenn die Transaktion noch nicht abgeschlossen ist. Join war 2013 als vierter Mobilfunkanbieter mit der Idee gegründet worden, Kunden im In- und Ausland durch ein roaming-freies Angebot zu locken. Doch dann schaffte die EU das Roaming ab und das Geschäftsmodell war im Eimer. Der Firma gelang es nicht, ein rentables Geschäft aufzubauen. Die Post hatte sich bereits 2013 an Join beteiligt; sie ist vor

allem der IT-Infrastruktur interessiert, die ein flexibleres Kunden-Management erlaubt als die historisch gewachsenen Systeme bei der Post. 2016 erhöhte sie ihre Beteiligung auf 68 Prozent. Ob der Aufkauf der verbleibenden Anteile für einen Euro nun ein gutes oder schlechtes Geschäft ist, bleibt abzuwarten. Ende 2015 hatte Join Experience Verluste von 15 Millionen Euro angesammelt. Der Jahresabschluss 2016 liegt noch nicht beim Firmenregister vor. Die Schwesterfirma Join Infrastructure hat seit der Geschäftseintragung 2016 keine Bilanz angefertigt. (Foto: pg) ms



Zwei Empfehlungen

Nachdem sich EU-Kommission und EU-Rat über die Luxemburger Aktualisierung des Stabilitäts- und Wachstumspakts sowie über das Nationale Reformprogramm gebeugt haben, wollen sie Luxemburg nur zwei Empfehlungen machen. Erstens soll im Hinblick auf die Balance des Rentensystems die Beschäftigungsrate älterer Menschen gesteigert werden. Zweitens soll Luxemburg regulatorische Hürden beim Berufszugang im Bereich der Unternehmensdienstleistungen abbauen. Viel fand man in Brüssel nicht auszusetzen an der öffentlichen Haushaltslage und dem wirtschaftlichen Umfeld insgesamt. Denn: „Luxembourg is projected to comply with the provisions of the stability and growth pact in 2018 und 2019.“ Und: „The financial sector remains the key driver of economic growth and continues to be sound and profitable.“ Doch wird auch dieses Mal das Europäische Semester genutzt, um die Luxemburger Steuerverordnungen an den Pranger zu stellen: „Despite the size of its financial sector, the high level of dividend, interest and royalty payments as a percentage of GDP suggest that the country’s tax rules are used by companies that engage in aggressive tax planning.“ Wohl im Bewusstsein, dass Diskussionen über

die Firmenbesteuerung eigentlich in den Finanzministerrat gehören, erhält Luxemburg Lob für sein den neuen internationalen Regeln angepasstes Steuerregime für Einnahme aus Geistigem Eigentum. „Based on recent exchanges, the Commission will continue its constructive dialogue to fight against taxpayers’ aggressive planning strategies“. Luxemburg erhält ebenfalls Lob für die Erhöhung der öffentlichen Forschungsausgaben. Im Gegenzug wird bedauert, dass die Privatwirtschaft nicht genug in Forschung und Entwicklung investiert. Sogar wenn man berücksichtige, dass die in Luxemburger starken Finanz- und Dienstleistungsbranchen auch in anderen Ländern wenig in Forschung und Entwicklung investierten, sei die Forschungsintensität im Privatsektor zu niedrig. In ihren Ausführungen weist die EU-Kommission darauf hin, dass die Rentenkasse ab 2023 ein operatives Defizit ausweisen werde, die Reserven aber ausreichen werden, um die Ausgaben weitere 20 Jahre zu decken. Deswegen bedauert sie zwar, dass die Luxemburger Arbeitsbevölkerung frühzeitig in Rente geht, sieht aber davon ab, geradeheraus eine Rentenreform zu verlangen. ms

Streit um Handel



Kommenden Freitag läuft wiederum die vorläufige und bereits einmal verlängerte Ausnahme der EU von den US-Strafzöllen auf Stahl- und Aluminiumimporten ab. Beim Treffen der zuständigen Minister in Brüssel ließ Jean Asselborn (LSAP) sich mit der Aussage zitieren: „Als Außenminister bin ich schon etwas verzweifelt.“ Brüssel hat den Amerikanern im Gegenzug für eine dauerhafte Ausnahme von den Strafzöllen angeboten, mehr Flüssiggas aus den USA zu importieren, die Zölle auf Industrieprodukten wie Autos und Lastwagen anzugleichen, die Herstellungsnormen in der Industrie anzupassen und

Einwohner sind noch nicht an eine Kieranlage angeschlossen, sondern nur an eine Klärgrube. Dort setzen die festen Bestandteile im Abwasser sich am Boden ab, der Rest des Wassers läuft über die Kante der Grube ungeklärt in Bäche und Flüsse. Die Abwässer weiterer 16 165 Leute werden in mechanischen Kläranlagen behandelt. Das ist nicht viel besser als eine Klärgrube, denn bei starkem Regen können die Sedimente aus diesen Anlagen ausgespült werden und in die Gewässer gelangen. Es gibt demnach noch einiges zu tun in der Abwasserbehandlung. In den letzten Jahren wurden vor allem große Kläranlagen neu gebaut oder modernisiert, und der Großteil des Abwassers – rund 1,6 Millionen „Einwohnergleichwerte“, was ausdrückt, das nicht nur Einwohner Abwasser erzeugen – wird in biologischen Kläranlagen behandelt, die obendrein immer öfter auch Phosphat- und Nitrat-Reste aus dem Wasser eliminieren. Nun liegt die Herausforderung in kleinen Anlagen auf dem Lande. Deshalb sieht es nach wenig Fortschritt aus, wenn vor einem Jahr 1 097 Einwohner mehr als heute ohne Kläranlagenanschluss und 834 mehr als heute nur mit einem mechanischen Klärwerk verbunden waren. Die Abgabe zur Mitfinanzierung des staatlichen Fonds zur Bezuschussung von Maßnahmen im Wasserbereich wird für dieses Jahr auf 14 Cent pro Kubikmeter Abwasser festgesetzt, wie die Regierung in einem Verordnungsentwurf schreibt. pf

zusammen eine Reform der Welthandelsorganisation anzugehen. EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström schien aber kaum optimistischer als Asselborn, dass die USA auf das Angebot einehen würden. ms

Streit um Sanktionen

Nach dem angekündigten Ausstieg der USA aus dem Atomabkommen mit dem Iran sucht die EU nach Möglichkeiten, EU-Unternehmen zu schützen, die nach der Wiedereinsetzung der US-Handelssanktionen weiter Geschäfte mit dem Iran machen wollen. In Brüssel grub die EU-Kommission eine aus dem Jahr 1996 stammende Blocking-Verordnung aus, die es EU-Firmen verbietet, sich nach extra-territorialen US-Sanktionen zu richten, und es ihnen ermöglichen soll, Schadenersatz für von den USA verhängte Bußgelder wegen Sanktionsverstößen einzuklagen. Da sich kaum ein multinationales Unternehmen, das Geschäfte in den USA macht, dadurch verlocken lassen wird, Handel mit dem Iran zu treiben, dient die Reaktivierung der Blocking-Verordnung wohl an erster Stelle dazu, Teheran zu signalisieren, dass sich die Europäer bemühen, das Atomabkommen am Leben zu erhalten. ms

Weniger Arbeitslose

Ende April waren bei der Adem 557 weniger Arbeitslose eingeschrieben als vor einem Jahr und außerdem 225 Personen weniger einer Beschäftigungsmaßnahme zugeteilt. Insgesamt waren dennoch 20 434 Personen auf der Suche nach einer Festanstellung. Die Arbeitslosenrate betrug Ende April 5,6 Prozent. ms

Datenschutz

Sollte die Europäische Datenschutzverordnung, die heute in Kraft tritt, eigentlich auch dazu führen, dass weniger unerwünschte Mails in der Mailbox ankommen, hat sie in den vergangenen Tagen zunächst einmal zu einem Spam-Tsunami geführt. Täglich trafen mindestens 50 bis 100 Mails von Organisationen, Gesellschaften, Museen, Firmen, Vereinen, Institutionen, Konzert- und Filmfestivalveranstaltern und anderen Immobilienhändlern ein, die ihren Versand gerne „GDPR-konform“ gestalten wollen. Von

Lobbyisten für niedrigere Firmensteuern bis zu den Freunden einer raren Eidechsenart bat dieser Tage jeder Restaurateur darum, auch noch am Samstag sein Tagesmenü verschicken zu dürfen (darunter auch das *Land*), um damit gestressten Büroarbeitern ihre Zeit zu stehlen, die ihre wenigen, tatsächlich wichtigen E-mails mühsam von diesem elektronischen Müll trennen müssen. Ob der Spuk tatsächlich heute ein Ende hat? ms

HNA aus China wollte in die Top-Ten der Weltkonzerne aufsteigen. Droht jetzt eine Bruchlandung?

Nashorn in Turbulenzen

Martin Ebner

Die UBS-Filiale in Hongkong erregte unlängst Aufsehen mit der Studie *Was, wenn die HNA-Gruppe der schwarze Schwan für die Aktien- und Anleihemärkte 2018 wird?*. Geringes Eigenkapital, unüberschaubare Darlehen zwischen Tochterfirmen und wachsende Risiko-Aufschläge für Anleihen: HNA könne eine Finanzkrise auslösen. Dass die UBS so schwarz malt, ist delikat: Die Schweizer Bank hat mit Milliarden-Krediten und komplexen Collar-Derivaten den HNA-Einstieg bei der Deutschen Bank finanziert. Während GoldmanSachs, Citigroup und andere Großbanken bereits auf Abstand zu dem chinesischen Konzern gingen. Ende 2017 wurden die Schulden von HNA auf 94 Milliarden US-Dollar beziffert; keine andere Firma in Asien muss mehr Zinsen zahlen.

Zuletzt häuften sich Berichte über offene Kerosin-Rechnungen, verspätete Leasing-Raten, gesperrte Konten, Verhandlungen mit Gläubigern. Seit Januar sind sieben HNA-Töchter wegen „Restrukturierung“ vom Börsenhandel suspendiert, darunter Hainan Airlines, Tianjin Tianhai Investment und Bohai Capital. Noch beunruhigender: Die sonst verschwiegene HNA-Führung sucht das Gespräch mit Bloomberg, Reuters & Co., um zu versichern, der Geschäftsbetrieb sei „weiterhin stabil“, die Finanzlage „sehr gesund“.

Über HNA werden zwei Geschichten erzählt. Die schöne geht so: Chen Feng, Sohn eines Funktionärs in Peking, bekam 1982 ein Stipendium für eine Ausbildung bei der Lufthansa. Anno 1993 gründete er Hainan Airlines im Auftrag der Provinzregierung von Hainan, die ihre Insel zu Chinas Hawaii machen wollte. Die Firma geriet bald ins Trudeln. Chen konnte aber den Investor George Soros dazu bewegen, 25 Millionen Dollar für die Rettung zu geben.

Aus Chinas größter privater Fluglinie wurde HNA, ein Konzern, der in halsbrecherischem Tempo in Luftfahrt, Logistik, Tourismus und Finanz-Sektor expandierte. Die HNA-Zentrale in Haikou, der Hauptstadt von Hainan, ist ein Wolkenkratzer, dessen Form einen sitzenden Buddha darstellen soll. Nach eigenen Angaben hat HNA heute ein Vermögen von 145 Milliarden US-Dollar, einen Jahresumsatz von mehr als 90 Milliarden, weltweit 410 000 Mitarbeiter.

Rund 50 Milliarden US-Dollar, meist Kredite von chinesischen Staatsbanken, gab HNA ab 2015 für Übernahmen im Ausland aus: Beteiligungen an Fluglinien, etwa Azul, Aigle Azur und Virgin Australia – auch an der Cargolux bekundete HNA Interesse als Qatar Airways ausstieg. Dazu Flughäfen, zum Beispiel Rio de Janeiro, aber auch Hahn im Hunsrück. Ein Viertel der Hotelkette Hilton. Golfplätze in den USA. Für 2,2 Milliarden den Wolkenkratzer 245 Park Avenue in New York. Für sechs Milliarden den IT-Großhändler Ingram Micro. In der Schweiz die Swissair-Relikte Swissport, Gategroup und SR Technics, aber auch 20 Prozent der Duty-Free-Kette Dufrý. Und vieles mehr. Zeitweise liebäugelte HNA auch mit einer Übernahme der Allianz. Wie auf dem Wochenmarkt, erläuterte

Als HNA den 170. Platz in der Forbes-Liste der größten Konzerne erreichte, kamen im Juli zur Feier in London auch David Cameron und Nicolas Sarkozy. Im gleichen Sommer fingen die Probleme an

Chen: „Du siehst so viel frisches Gemüse, du probierst und kaufst dieses und jenes.“

Im Mai 2017 überholte HNA das Emirat Katar und BlackRock als größter Anteilseigner der Deutschen Bank: 9,92 Prozent der Stimmrechte für rund drei Milliarden Dollar. In den Pflichtmitteilungen findet sich die Beteiligung unter „C-Quadrat Special Situations Dedicated Fund, Cayman Islands“. Alexander Schütz, Vorstand der Wiener Vermögensverwaltung C-Quadrat, ist seither der HNA-Vertreter im Aufsichtsrat der Deutschen Bank. C-Quadrat selbst wurde von HNA übernommen und geht gerade in der Londoner Cubic Limited auf.

Ein Schönheitsfehler dieser Erfolgsstory: Sie erklärt nicht, woher das Geld für die Shoppingtour kommt. Auch nicht, wer das HNA-Imperium regiert. Lange wurde ein ominöser Guan Jun als Hauptaktionär genannt. Wer seine angebliche Adresse suchte, landete in staubigen Hinterhöfen in Peking. Die Schweizer Übernahmekommission verhängte 2017 wegen „zum Teil falscher Angaben“ eine Gebühr von 50 000 Franken. In Neuseeland verhinderten die Behörden die Übernahme der ANZ-Tochter UDC Finance, weil HNA zu intransparent sei. Aus dem gleichen Grund blockierten US-Aufseher die Übernahme des Hedgefonds SkyBridge Capital, dito einen Einstieg beim Rohstoffhändler Glencore. Die EZB soll gar nicht so froh sein, dass überhaupt jemand Deutsche-Bank-Aktien kaufte, sondern zur HNA-Beteiligung ein Inhaberkontrollverfahren erwägen.

Offiziell gehören nun Chen Feng und anderen Spitzenmanagern 47,5 Prozent der HNA-Aktien. Haupteigentümer sind die Hainan Province Cihang Foundation in China (22,75 Prozent) und die Hainan Cihang Charity Foundation in New York (29,5 Pro-



Trüb und dunstig: am Strand von Hainan sind die Aussichten nicht immer gut

zent), die sich im vergangenen Jahr als Leiter und Aushängeschild den ehemaligen deutschen Wirtschaftsminister und FDP-Chef Philipp Rösler zulegte. Wer hinter den Stiftungen steht, ist unbekannt.

Eine andere Geschichte erzählt der in China wegen Korruption angeklagte, in die USA geflüchtete Tycoon Guo Wengui. Er behauptet, HNA sei ein Geldwäsche-Vehikel für KP-Bosse: in Wirklichkeit ein Familienunternehmen von Wang Qishan, geleitet von unehelichen Kindern. Wang gilt als rechte Hand des höchsten Führers Xi Jinping; er ist Vizepräsident und war bis vor kurzem als Sekretär der KP-Disziplinarkommission auch Chinas oberster Korruptions-Bekämpfer. Diese bislang unbewiesene Version wird heftigst dementiert. HNA hat gegen den im New Yorker Exil lebenden Milliardär Verleumdungsklage erhoben. Unbestritten ist, dass Wang Qishan enge Kontakte zu den HNA-Gründern hatte, als er noch KP-Chef von Hainan war.

Der bisherige Höhepunkt des Ruhms für HNA währte nur wenige Wochen. Im Juni 2017 beging Chen Feng seinen 64. Geburtstag im Petit Palais in Paris. Als HNA den 170. Platz in der Forbes-Liste der größten Konzerne erreichte, kamen im Juli zur Feier in London auch David Cameron und Nicolas Sarkozy. Im gleichen Sommer fingen die Probleme an: Chinas Regierung kritisierte „irrationale“ Auslandskäufe privater Konzerne, etwa Fußballclubs. Die Bankenaufsicht solle Kredite genauer prüfen. Die Versicherungsaufsicht untersagte der Bohai Life Insurance für sechs Monate alle Finanzhilfen an den HNA-Mutterkonzern. Das KP-Blatt *People's Daily* warnte vor „grauen Nashörnern“, die man so lange übersehe, bis sie einen aufspießen. Namentlich angeprangert: HNA.

HNA informierte im Januar 2018 Gläubiger über einen möglichen Zahlungsengpass von 2,4 Milliarden US-Dollar. Im ersten Halbjahr müsse man 16 Milliarden Dollar auftreiben. Bis Mai brachten Asset-Verkäufe nun 13 Milliarden ein, vor allem Hilton-Aktien und Grundstücke in Hongkong. Die Verringerung des Deutsche-Bank-Anteils auf 7,96 Prozent brachte 690 Millionen Dollar. Geplante Börsengänge von und Swissport scheiterten dagegen. Weitere Notverkäufe sind angekündigt; 100 000 Mitarbeiter sollen entlassen werden. Ob das reicht, ist ungewiss: Im zweiten Halbjahr sollen weitere Anleihen fällig werden.

Die Anbang-Versicherung, ebenfalls ein „Nashorn-Konzern“, wurde gerade unter staatliche Kontrolle gestellt, ihr Chef wegen Betrugs zu 18 Jahren Haft verurteilt. Droht dergleichen auch HNA? Die Gründer Chen Feng und Wang Jian hielten es für geboten, dem Regime öffentlich Treue zu schwören: „Unfaire Medienberichte“ über HNA seien nichts als eine „Verschwörung gegen die KP“; HNA folge „unbeirrbar der Partei“ und arbeite mit aller Kraft für die Seidenstraßen-Pläne der Führung. Immerhin gab die staatliche Citic-Bank jetzt HNA drei Milliarden Dollar neuen Kredit. Heuer noch soll ein HNA-Fonds 1,5 Milliarden Dollar für neue Zukäufe einsammeln.

Zur Zukunft werden unterschiedliche Szenarien entworfen. Ein schönes: HNA werde davon profitieren, dass Hainan bis 2020 zur Freihandelszone ausgebaut und ein großer Luftfracht-Hub wird, Visa-frei für Touristen aus 59 Ländern, vielleicht sogar mit Pferderennen und Spielcasinos. In unguteren Visionen lassen Nashörner, Bären und schwarze Schwäne allerhand Finanzblasen platzen. Chinas Medien sollen angewiesen sein, Berichte über HNA-Geldsorgen strikt zu unterlassen. Das ist bestimmt vernünftig, denn Geschichten vom Ende des chinesischen Traums will wirklich niemand hören.

Quellen: Zahlen vor allem von Bloomberg und *South China Morning Post*



Sitzender Buddha glänzt in der Abendsonne: HNA-Hauptsitz in Haikou, der Hauptstadt von Hainan

Apparatschiks und Avantgarde

Wang, Zhang, Chen: was sind das für Leute, die wie aus dem Nichts auftauchen und alles aufkaufen, was ihnen vor die Nase kommt? Chinesischen Unternehmern kann man viel vorwerfen – aber bestimmt nicht, dass sie ihre Zeit mit Öffentlichkeitsarbeit vergeuden würden. Wolfgang Hirn, Reporter beim deutschen *Manager Magazin*, hat jetzt einmal zusammengekratzt, was sich über Chinas Wirtschaftsführer herausfinden lässt.

In einem neuen Buch stellt Hirn kurz Herkunft, Karriere und deklarierte Absichten der Gründer, beziehungsweise Chefs von 80 chinesischen Unternehmen vor. Dabei unterscheidet er Generationen mit jeweils eigener Prägung: von der alten *Self-Made*-Garde, die noch die Kulturrevolution überleben musste, bis zu den jungen, oft in den USA ausgebildeten Computerfreaks, die China nun zur digitalen Supermacht machen.

China vereint gleichzeitig in einem Land Sowjetkombinate und Silicon Valley: Einerseits immer riesigere, immer ineffizientere Staatsbetriebe, die ohne Rücksicht auf Verluste von Bürokraten verwaltet werden. Andererseits agile Privatkonzerne, die inzwischen das Rückgrat der chinesischen Wirtschaft sind. Und Start-Ups in Zukunftsbranchen, die vom Regime an einer sehr langen Leine gehalten werden und den Westen zunehmend das Fürchten lehren.

Besonderes Augenmerk legt Hirn auf die „Viererbände“: Die gigantischen Konglomerate Anbang, Fosun, HNA und Wanda haben in den letzten Jahren hunderte Milliarden Dollar Schulden gemacht, um in aller Welt ziemlich wahllos Unternehmen und Prestigeobjekte aufzukaufen. Von der Regierung werden sie jetzt an die Kandare genommen: Auslandsinvestitionen nur noch in zehn Schlüsselindustrien, in denen China führend werden soll.

Sich mit Namen und Umfeld der bedeutendsten chinesischen Spitzenmanager vertraut zu machen, kann nicht schaden. Egal ob Welteroberung oder Riesenpleite – von ihnen wird man voraussichtlich noch viel hören.

Wolfgang Hirn: *Chinas Bosse. Unsere unbekannten Konkurrenten*, Campus-Verlag, Frankfurt 2018, 284 Seiten

Project Magnolia

Michèle Sinner

Am 9. Mai haben die Malaysier eine neue Regierung gewählt. Nach dem Regierungswechsel hat der neue Premierminister, der 92-jährige Mahathir Mohamad, ohne viel Zeit zu verlieren, den Chef der Anti-Korruptionsbehörde und den Generalstaatsanwalt ausgetauscht. Dadurch könnten die Wahlen in Fernost relevant für den Luxemburger Finanzplatz werden. Denn da die neue malaysische Führung mit dem Versprechen gewählt wurde, mit der Korruption im Land aufzuräumen, dürfte die malaysische Justiz fortan ein verstärktes Interesse daran haben, mit ausländischen Behörden zusammenzuarbeiten, denen sie bisher die Kooperation verweigert hat. Darunter auch die Luxemburger Staatsanwaltschaft, die bisher vergebens auf Informationen aus Malaysia gewartet hat, um einen der größten Geldwäschefälle bisher überhaupt aufzuklären, der die Banque Privée Edmond de Rothschild mit Sitz im schicken Limpertsberger Villenviertel betrifft.

Konkret geht es um Gelder, die dem malaysischen Staatsfonds 1Malaysia Development Berhad kurz 1MDB, gestohlen wurden, mindestens 3,5 Milliarden Dollar ab 2009. Da auch Mahathir Mohamad Vorgänger im Amt, der abgewählte Najib Razak, vorgeworfen wird, sich mit fast 700 Millionen Dollar bereichert zu haben, sein Stiefsohn und dessen Vertraute ebenfalls im Verdacht stehen, Gelder abgezweigt zu haben, beschrieb eine amerikanische Staatsanwältin, die vor zwei Jahren Anklage erhob, die Vorgänge als den „umfangreichsten Kleptokratie-Fall“ in der US-Geschichte. Von den 3,5 Milliarden Dollar, von denen in der US-Anklage die Rede geht, floss fast eine halbe Milliarde, durch die Banque Edmond de Rothschild in Luxemburg. Rund ein Viertel davon, 100 Millionen Dollar – ein Teil davon besteht aus Wertpapieren, deren Kurs schwankt –, fielen der luxemburger Justizbehörden bei einer Hausdurchsuchung am 29. Juni 2016 ein, wie die Nachrichtenagentur Reuters vergangener Freitag meldete. Obwohl die Staatsanwaltschaft vor zwei Jahren mit 90 Polizisten anrückte, verlief die Hausdurchsuchung dermaßen diskret, dass die Beschlagnahme der Summe bisher unbekannt war. Das Geld befand sich auf dem Konto der Firma Vasco Investments bei Rothschild. Wie es dahin gekommen ist, kann man im Bericht des FBI-Agenten Robert Heuschling nachlesen, der Grundlage für die Anklage vor dem Central District of California ist.

2012 gab 1MDB mit Hilfe von Goldman Sachs zwei Anleihen aus, „Project Magnolia“ am 21. Mai und „Project Maximus“ am 19. Oktober. Die 1MDB netto 3,189 Milliarden Dollar einbrachten. Das Geld sollte in Energieprojekte investiert werden, für die Anleihen Magnolia und Maximus bürgte nicht nur 1MDB, sondern auch die International Petroleum Investment Company (IPIC), ein Staatsunternehmen aus Abu Dhabi. Als

Gegenleistung für die Garantie sollte sich IPIC an den von 1MDB aufgekauften Energieprojekten mitbeteiligen dürfen. CEO von IPIC war Khadem Abdullah Al-Qubaisi, der ebenfalls Verwaltungsratsvorsitzender von Aabar Investments PJS war, einer Filiale von IPIC, deren CEO Mohamed Ahmed Badawy Al-Husseiny war.

Nur Tage nachdem die Gelder der Magnolia- und Maximus-Anleihen verfügbar waren, wurden sie aus New York auf ein Konto von 1MDB bei der Schweizer Filiale der Falcon Private Bank überwiesen, die Aabar Investments PJS gehört. Von dort ging ein Teil auf ein Konto der BSI Bank in Lugano, das auf Aabar Investments PJS Limited lief, eine von Al-Qubaisi und Al-Husseiny geleitete Firma der britischen Jungfernnisse (BVI), die also fast so hieß wie die legitime Firma aus Abu Dhabi, mit ihr aber nichts zu tun hatte. Wiederum von da aus gingen sie auf ein Konto bei der Standard Chartered in Singapur, das auf Blackstone Asia Real Estate Partners lief, ein Fantasiename, der ebenfalls an den einer richtigen, unabhängigen Firma angeläutet war (Blackstone Real Estate). Von diesem Blackstone-Konto wurden am 29. Mai, 1. August, 29. Oktober und am 30. November 2012 insgesamt 422,750 Millionen Dollar auf ein Konto der Banque Privée Edmond de Rothschild überwiesen, das auf die Firma Vasco Investments registriert war, ebenfalls eine BVI, deren Nutznießer Al-Qubaisi selbst war. Am 20. Februar 2013 wurden zusätzliche 20,7 Millionen Dollar von einem weiteren Betrugskonto an Vasco Investments überwiesen.

Die 394 Millionen Dollar, die vor zwei Jahren nicht bei der Rothschild beschlagnahmt werden konnten, waren bereits wieder abgelassen. Al-Qubaisi kaufte davon in den USA über

Strohleute Luxusimmobilien: ein Penthouse im Walker Tower in New York für ungefähr 50 Millionen Dollar, die Laurel Beverly Hills Mansion für 31 Millionen Dollar sowie eine weitere Immobilie für 15 Millionen Dollar in Beverly Hills.

Die neue malaysische Regierung will die gestohlenen Gelder nun zurückhaben. Denn soweit der malaysische Staat für die 1MDB-Anleihen gebürgt hat, müssen sie zurückgezahlt werden. Ansonsten riskiert die Regierung nach einem Zahlungsausfall von den Rating-Agenturen herabgestuft und von den Finanzmärkten dafür bestraft zu werden. Deshalb sagte Mahathir vergangene Woche in Kuala Lumpur: „We have to... if it implicates the government, the government has to pay.“ Und weiter: „The focus on corruption is important because we need to get back money which is still in Swiss, U.S., Singapore and maybe Luxembourg“, berichtete Reuters eine Woche nach dem Regierungswechsel. „Vielleicht Luxemburg“ – sicher war sich Mahathir demnach nicht, dass in Luxemburg 100 Millionen Dollar für ihn zum Abholen bereitlagen. Da aber bereits vor geraumer Zeit ein Rechthilfersuchen an Malaysia ausgestellt wurde, kann dies nur bedeuten, dass in Kuala Lumpur bisher niemand darauf reagieren wollte. Land-Informationen zufolge wurde nach dem Regierungswechsel in Malaysia ein neuerlicher Antrag ausgestellt.

Die CSSF brummt der Bank bereits vor einem Jahr ein Rekordbußgeld von fast neun Millionen Euro wegen Verstößen gegen Anti-Geldwäschebestimmungen auf. Daher begannen Akteure und Beobachter am Finanzplatz Luxemburg sich zu fragen, warum es bisher keine Anklage und strafrechtliche Folgen gab. Dem Land sagte der CSV-Abgeordnete Laurent Mosar Ende April: „Die CSSF (...) hat ein schweres Fehlverhalten

Der Ausgang eines Rothschild-Prozesses wird Signalwirkung haben. Wird es harte Strafen geben oder beschränkt sich die Neuausrichtung der Banken nach der Abschaffung des Bankgeheimnisses darauf, statt vieler kleiner Steuerhinterzieher ein paar große Betrüger zu bedienen?

festgestellt und administrative Sanktionen verhängt. Jetzt muss die Justiz gegebenenfalls strafrechtliche Verfahren gegen diese Banken einleiten. Es kann nicht sein, dass strafrechtliche Folgen ausbleiben, wenn die Vergehen so schwerwiegend sind, wie die von der CSSF verhängten Strafen vermuten lassen.“

Wenn die malaysischen Behörden nun im Gegenzug für ihre Millionen kooperieren und Informationen über den genauen Sachverhalt liefern, könnten strafrechtliche Folgen in absehbarer Zeit Realität werden. Die Untersuchung der Staatsanwaltschaft richtet sich derzeit

gegen die Banque Edmond de Rothschild, ihren früheren CEO Marc Ambroisien, gegen Khadem Al-Qubaisi und die BVI-Firma Vasco Investments.

Ein Prozess könnte aber noch für viele andere Parteien ungemütlich werden. Die Summe, die Al-Qubaisi dem malaysischen Volk mithilfe der Rothschild entwendet hat, ist nicht nur im Absoluten beeindruckend. Im Vergleich mit der Geschäftslage der Privatbank wandert es nicht, dass manche hinter vorgehaltener Hand fragen, wie es möglich ist, dass sie überhaupt noch eine Banklizenz hat. Denn eine halbe Milliarde Dollar frischer Kundeneinlagen vom Kunden Al-Qubaisi konnten bei der Rothschild, die 2011 eine vergleichsweise bescheidene Bilanzsumme von 4,2 Milliarden Euro sowie Kundeneinlagen von 3,5 Milliarden Euro auswies (davon 2,4 Milliarden von verwandten Unternehmen), keinem Mitarbeiter verborgen bleiben. Ein Kunde, der die Einlagen dermaßen schlagartig ansteigen lässt? Da hätte irgendjemand in der Bank hinterfragen müssen, woher das Geld kam und wohin es ging.

Und wahrscheinlich gab es Fragen und Diskussionen. Am 6. November 2012, eine Woche nachdem die dritte Tranche von 129 Millionen Dollar auf Al-Qubaisis Rothschild-Konto einging, teilte der damalige Vorstandsvorsitzende Frédéric Otto dem Verwaltungsrat seinen Rücktritt mit. Daraufhin wurde Ambroisien von Baron und Baronin Benjamin de Rothschild als sein Nachfolger eingesetzt. Ob Ottos Rücktritt im Zusammenhang mit den Zahlungen an Al-Qubaisi steht, wollte die Bank gegenüber dem Land nicht kommentieren. Kommt es zum Prozess wird dabei auch zur Sprache kommen, ob und wem Mitarbeiter eventuelle Zweifel an der Herkunft von Al-Qubaisis Vermögen, diesem High

Net Worth Individual, gemeldet haben und was daraufhin von welchen Stellen unternommen wurde. Der Ausgang eines Rothschild-Verfahrens wird deshalb Signalwirkung haben. Denn die Vorgänge sind relativ rezent, stammen nicht aus einer „anderen Zeit“. Wird es strenge Strafen für die Verantwortlichen geben oder beschränkt sich die Neuausrichtung der Banken nach der Abschaffung des Bankgeheimnisses darauf, statt vieler kleiner Steuerhinterzieher ein paar große Betrüger zu bedienen?

Im Ausland hat es bereits harte Strafen für die am 1MDB-Skandal beteiligten Banken gegeben. In Singapur hat die Finanzaufsicht die Filialen der BSI Bank und der Falcon Private Bank geschlossen. Auch in der Schweiz wurden die BSI und die Falcon von der Finanzaufsicht Finma sanktioniert, gegen JP Morgan läuft die Finma-Ermittlung noch. Die BSI wurde von einer anderen Bank übernommen und aufgelöst, Falcon Private Bank darf drei Jahre lang kein Geld von politisch exponierten Personen annehmen. Gegen die beiden Banken, sowie gegen Al-Qubaisi und Al-Husseiny hat die Schweizer Bundesanwaltschaft Strafverfahren eingeleitet und in diesem Rahmen auch Luxemburg um Rechtshilfe gebeten. Die Falcon Bank Switzerland, bei der Al-Husseiny das Sagen hatte, gehört übrigens seit 2013 der Luxemburger Gesellschaft Aabar Trading Sàrl, die Teil des Firmennetzes ist, das die Staatsunternehmen von Abu Dhabi in Luxemburg aufgebaut haben.

¹ Das Verfahren wurde in Kalifornien angestrengt, da Riza Aziz mit gestohlenen 1MDB-Geldern die Produktionsfirma Red Granite Pictures gründete, die mit *The Wolf of Wall Street* Erfolge feierte. Aziz ist der Stiefsohn des ehemaligen Regierungschefs Najib Razak, der in der Unterlagen nur „Malaysian Official 1“ genannt wird.

Huit pour cent des émissions mondiales de gaz à effet de serre



Georges Canto

L'écrivain français Jean Mistler (1897-1988) définissait cruellement le tourisme comme « l'industrie qui consiste à transporter des gens qui seraient mieux chez eux vers des endroits qui seraient mieux sans eux ». Une phrase écrite en 1982, alors que l'on s'inquiétait déjà des ravages du tourisme de masse dans les lieux de destination.

Depuis les choses se sont aggravées. Dans plusieurs villes européennes on cherche à réguler les flux touristiques pour en réduire les nuisances. Amsterdam vient d'annoncer des mesures dans ce sens, à la suite de Berlin, de Barcelone (où se sont déroulées des manifestations anti-touristes) et surtout de Venise dont les visiteurs (25 millions de personnes par an) représentent 500 fois le nombre de résidents permanents. Ailleurs dans le monde l'île de Pâques, le site d'Angkor au Cambodge ou la station balnéaire de Cancun, une des villes les plus polluées du Mexique, ont mis en place des restrictions d'accès.

Cela dit, si les dégâts de toutes sortes imputables au tourisme de masse sont désormais bien connus, aucune étude n'avait jusqu'ici tenté de mesurer son impact sur le réchauffement climatique, devenu une préoccupation majeure sur l'ensemble de la planète.

Cette lacune est désormais comblée avec la publication début mai dans la revue britannique *Nature Climate Change* d'un article scientifique due à six universitaires de la zone Asie-pacifique (austriens, chinois et indonésiens).

Les petits pays touristiques sont encore peu sensibilisés à l’empreinte carbone laissée par leurs visiteurs étrangers, mais ils sont bien conscients des dépenses et des nuisances qu’ils occasionnent

Après avoir compilé des données sur quelque 160 pays à partir de 2009, ils ont mesuré « l'empreinte carbone » du tourisme mondial : en hausse de 15,4 pour cent en cinq ans, elle s'élevait à 4,5 milliards de tonnes équivalent CO₂ en 2013 et représentait alors huit pour cent du total des émissions de gaz à effet de serre de l'humanité. Des estimations antérieures donnaient une proportion bien plus faible de 2,5 à trois pour cent (qui était déjà considérable car correspondant à l'empreinte annuelle du transport maritime).

La différence tient à la méthode de calcul utilisée. Pour la première fois les chercheurs ont pu prendre en compte à la fois l'équivalent carbone directement émis à l'occasion des activités touristiques (combustion de carburant) et celui qui est nécessaire à la production des biens et des services consommés ou utilisés par les touristes (hôtellerie, restauration, véhicules, parcs d'attraction, objets souvenirs etc...). Un travail considérable qui a pris plusieurs années.

Entre 2009 et 2013, l'intensité carbone de la production de biens et de services a diminué d'environ treize pour cent en raison des progrès technologiques. Mais dans le même temps, la demande de déplacements et de séjours faisait un bond de trente pour cent, occasionnant au final une augmentation de 14 pour cent en cinq ans de l'empreinte carbone due au tourisme.

Comme, par nature, le tourisme implique des déplacements, il n'est pas étonnant que son empreinte carbone soit, en grande majorité, due à la combustion des carburants nécessaires aux divers moyens de transport utilisés par les voyageurs. On pense évidemment aux avions, de loin les plus gourmands en énergie. Mais pas pour des vols internationaux !

En effet, c'est d'ailleurs une des surprises de l'étude, ce sont les déplacements et les séjours domestiques qui sont la principale source des rejets carbonés. Ils sont à l'origine de plus des trois-quarts des émissions : 77 pour cent précisément. De ce fait, ce sont les pays les plus vastes ou les plus peuplés qui arrivent en tête du classement des « mauvais élèves ».

Les États-Unis pèsent à eux seuls plus de vingt pour cent du total, suivis de la Chine, de l'Inde, du Mexique, du Brésil, du Canada, du Japon et de la Russie. Le cas de l'Allemagne mérite un commentaire : ce pays est au troisième rang mondial entre la Chine et l'Inde alors qu'il est nettement moins peuplé et beaucoup plus petit. Mais les Allemands sont plus riches, ce qui, en plus d'un goût prononcé pour le tourisme qui remonte à la fin du XIX^{ème} siècle, leur permet de beaucoup voyager.

Les déplacements sont étroitement corrélés avec la richesse d'un pays. Parmi les dix plus gros émetteurs d'empreinte carbone liée au tourisme, les cinq premiers du classement par tête sont aussi les plus riches en termes de PNB par habitant. Le Canada et l'Allemagne, avec respectivement 4,5 et quatre tonnes par habitant devançant nettement les États-Unis (2,8 tonnes). En considérant l'ensemble des pays, les Néerlandais, les Danois et les Suisses se placent dans cet ordre aussitôt après les Canadiens.

Les voyageurs des grands pays émergents arrivent largement derrière : 0,4 tonne par habitant en Chine et seulement 0,2 en Inde. Malgré la taille des pays on s'y déplace en réalité assez peu pour cause de manque de ressources. Mais on peut s'attendre à une forte hausse de l'empreinte carbone de leurs habitants à mesure que la croissance de leur niveau de vie leur autorisera davantage de voyages (c'est déjà le cas en Chine lors des deux « Golden weeks » annuelles).

Le tourisme international ne représente que 23 pour cent des émissions touristiques, soit environ 1000 milliards de tonnes d'équivalent CO₂, dont

quelque 870 millions (soit vingt pour cent du total) sont attribuables au transport aérien.

La question-clé est ici le poids des activités touristiques dans les pays destinataires : flux de visiteurs par rapport à la population locale, contribution au PNB. Logiquement les petits pays sont particulièrement concernés, même au cœur de l'Europe : ainsi l'Autriche accueille presque trois fois plus de touristes qu'elle ne compte d'habitants, l'Islande près de quatre fois plus. En Croatie, le tourisme pèse plus de douze pour cent du PIB et 13,6 pour cent à Malte.

L'étude montre des empreintes par habitant très élevées dans certaines îles touristiques de l'océan indien et de la Méditerranée : cinq tonnes d'équivalent CO₂ par tête aux Maldives, 3,4 tonnes à l'île Maurice, 2,9 tonnes à Chypre et aux Seychelles, 1,7 tonne à Malte. Les voyageurs extérieurs en sont responsables pour la quasi-totalité (83 à 98 pour cent selon les pays). Encore n'a-t-on pris en considération que des îles constituées en états indépendants : il y a fort à parier que des territoires rattachés comme les Antilles pour la France, les Baléares pour l'Espagne et surtout les îles grecques afficheraient des résultats identiques.

Les petits pays touristiques sont encore peu sensibilisés à l'empreinte carbone laissée par leurs visiteurs étrangers, mais ils sont bien conscients des dépenses et des nuisances qu'ils occasionnent. Ils sont confrontés à un dilemme : comment préserver une activité qui représente une part élevée du PIB et des milliers d'emplois directs et indirects tout en limitant les conséquences les plus négatives.

Les auteurs de l'étude reconnaissent que les efforts réalisés jusqu'ici pour diffuser des « bonnes pratiques » auprès des visiteurs étrangers n'ont guère été suivis d'effets et ne voient guère comme solution qu'une taxation du transport aérien : mais il est difficile de savoir si elle est plutôt destinée à décourager les trajets en avion ou à fournir des ressources aux pays destinataires pour leur permettre de prévenir et de réduire les nuisances touristiques.

Les prévisions ne sont pas bonnes. Le tourisme est une activité très élastique au revenu : la demande de déplacements et de séjours augmente plus vite que celle des autres secteurs. En 2017 selon l'Organisation Mondiale du Tourisme elle a crû de sept pour cent, soit deux fois plus que le PNB mondial.



À Venise (ici lors de la Biennale d'art en 2017) les 25 millions de visiteurs par an représentent 500 fois le nombre de résidents permanents

Cette augmentation fait plus que compenser les efforts de « décarbonisation ».

L'étude prévoit ainsi que d'ici à 2025 l'intensité carbone de la production de biens et de services va diminuer de 2,7 pour cent par an, mais que dans le même temps la demande touristique progressera de 4,2 pour cent par an. Dans ces conditions l'empreinte carbone du tourisme continuera à augmenter pour atteindre 6,5 milliards de tonnes équivalent CO₂ dans sept ans.

Ce montant est certainement surestimé car l'étude comporte une faiblesse de taille : elle ne parvient pas à distinguer, que ce soit au niveau domestique ou international, ce qui relève des voyages de loisir et ce qui doit être compté comme déplacements professionnels.

Selon une hypothèse plus optimiste, l'empreinte carbone pourrait être limitée à cinq milliards de tonnes mais les auteurs ne se risquent pas à envisager une baisse, faute de moyens efficaces pour la réduire.

Les engagements pris lors de la COP 21 à Paris en décembre 2015 ne serviront pas à grand-chose puisque le transport aérien était exclu de l'accord et que les États-Unis, principal émetteur d' « empreinte carbone touristique » ont finalement décidé d'en rester à l'écart.

Les seules solutions envisagées aujourd'hui sont d'ordre pédagogique : il s'agit d'encourager le « tourisme responsable ». Un site spécialisé, après avoir recommandé de préférer (si possible hors saison) les moyens de transport les moins gourmands, d'économiser l'eau et de limiter les déchets, suggère de « manger dans des restaurants locaux plutôt que dans des franchises de grandes chaînes, de loger chez l'habitant, dans des hébergements éco-touristiques, des maisons d'hôte ou des hôtels familiaux, de préférer les produits du marché à ceux des grandes surfaces et d'acheter de l'artisanat local dans des échoppes spécialisées, voire sur le lieu de fabrication ». Pour partir à l'étranger il convient « d'éviter les grands opérateurs touristiques indifférents à l'environnement et à la société » et de préférer « les associations et agences de voyages alternatifs ». Des conseils qui, même s'ils étaient suivis à la lettre, auraient bien du mal à enrayer la hausse de l'empreinte carbone du tourisme au niveau mondial.



Chronique Internet

Le système de reconnaissance faciale d’Amazon plaît aux policiers

Jean Lasar

À la tête d'une vingtaine d'associations américaines de défense des droits civiques, l'ACLU (American Civil Liberties Union) a demandé cette semaine à Amazon de revenir sur sa décision de vendre son logiciel de reconnaissance faciale aux forces de police. Ce qui dans les séries policières est présenté comme une banalité, lorsqu'on voit des visages extraits d'enregistrements de surveillance vidéo vectorisés et identifiés grâce au recours en temps réel à de vastes banques de données, ne l'est pas encore vraiment mais promet de le devenir grâce aux efforts de marketing d'Amazon en direction des forces de l'ordre. L'ACLU est tout sauf enthousiaste, voyant dans ces efforts une avancée inquiétante vers davantage de surveillance. Dans une lettre au patron d'Amazon, Jeff Bezos, l'ACLU écrit : « Amazon Rekognition est voué à faire l'objet d'abus aux mains des gouvernements. Ceci représente une menace grave pour les communautés, en parti-

« Amazon Rekognition est voué à faire l’objet d’abus aux mains des gouvernements » écrit la American Civil Liberties Union à Jeff Bezos

culier pour les gens de couleur et les immigrants, et pour la confiance et le respect qu'Amazon a réussi à réunir sur son nom ».

À vrai dire, ces logiciels existent depuis plusieurs années. Leur efficacité dépend de leur capacité à éliminer les éléments parasites dans les prises de vue, mais aussi de la taille et de la qualité des banques de données auxquels ils ont accès et de la puissance de calcul et de la connectivité dont ils disposent. Le service d'Amazon est commercialisé depuis 2016 par le biais de sa plateforme AWS (Amazon Web Services) : ce n'est donc pas vraiment nouveau. Ce qui a fait réagir l'ACLU et d'autres organisations, c'est d'avoir mis la main sur des éléments de correspondance qui montrent avec quelle détermination l'entreprise de Jeff Bezos s'est lancée dans cette campagne auprès de la police.

Sur son site, AWS met en avant la qualité de sa solution, qui porte sur les visages mais aussi sur les objets, avec notamment une démonstration de sa capacité à reconnaître des textes. Dans un paragraphe consacré à la « reconnaissance faciale en mode foule », l'entreprise se vante de pouvoir reconnaître « jusqu'à cent visages » sur une image, une avancée technologique qui vous permet, dit-elle à ses clients, « d'enregistrer la structure démographique et d'analyser les sentiments de tous les visages dans des photos de groupe, lors d'événements rassemblant des foules et dans des lieux publics comme les aéroports et les grands magasins ». En 2016, Amazon mettait en avant les services que Rekognition pouvait rendre aux entreprises, y compris les commerces, par exemple pour identifier ces précieux « influenceurs » au cœur de toute démarche moderne de marke-

ting. Amazon signale l'utilisation de son service par Marinus Analytics, une plateforme qui aide les services de police américains à lutter contre le trafic d'êtres humains.

Le coût de ce service est loin d'être astronomique : la mise en place coûte 400 dollars, l'utilisation quelques dollars par mois.

Ce qui inquiète l'ACLU, c'est qu'une entreprise aussi grande et aussi puissante qu'Amazon se lance dans cet effort intense de commercialisation auprès des services de police sans que ce déploiement ne fasse l'objet d'un suivi juridique susceptible de prévenir les dérives potentielles, qui sont nombreuses. À quelles sources et banques de données ces différentes plates-formes ont-elles accès ? En cas de déploiement dans les commissariats, les « body cameras » dont sont équipés de plus en plus de policiers américains seront-elles branchées et susceptibles d'informer en temps réel les agents à qui ils ont affaire ? Les services de police pourront-ils s'en servir exclusivement pour identifier des suspects lors d'enquêtes criminelles, ou auront-ils aussi l'utiliser pour faire de la prévention ? Quid des erreurs de reconnaissance ?

Pour l'instant, Rekognition n'est déployé que dans quelques comtés, en Floride et dans l'Oregon ; des services de police de la Californie et l'Arizona s'y intéressent. L'ACLU s'inquiète : « Une fois que des systèmes de surveillance puissants comme celui-ci seront construits et déployés, les dégâts seront extrêmement difficiles à défaire. Si Rekognition n'est pas jugulé, il est certain que son utilisation se généralisera ».

Die kleine Zeitzeugin

Der Zorn Gottes



Als die CSV noch regierte und Pfingstdienstag schulfrei war, war alles gut. Springprozession 2008

Michèle Thoma

In feurigen Zungen spricht der Gottesmann am Pfingstdienstag in Echternach, dennoch bodenständig, geerdet, so dass das springende Autovolk auf dem Platz vor der Basilika ihm folgen kann und das Volk am Fernsehschirm auch, das vielleicht mit all dem nichts mehr am Hut hat, mit denen mit den Zauberriten. „Sauerer!“ bricht es in dem lieblichen Städtchen an der Sauer aus dem frommen Mann hervor.

Ja, diese Christenheit, sie ist nicht mehr, was sie war. Ab und zu, an hochheiligen Feiertagen, rappelt sie sich auf, zeigt noch einmal, wo Gott wohnt, und ein seltsamer Zauber bemächtigt sich Jünger_innen und Voyeur_innen. Einmal im Jahr hüpf sie im längst von Gott Mammon beherrschten Luxemburg aus der Mottenkiste, zu betörenden Klängen. Die letzten Standhaften, die Abendländlichen, die Kultur-Erbinnen, die Folkloristen, sie sind auf dem Sprung oder säumen die Straßen: So flott wieder mal, und auch schönes Wetter! Und auch gut für den Bodymassenindex.

Alles gut, alles schön, alles heil, ein bisschen heilig, die richtige Dosis für ein vom menschenfressenden Autogott gesteuertes Land, für den Willibrord haben wir noch Zeit und Raum, er gehört dazu wie die *Fouer*, das *Mäertchen*, die Automesse, ein Nationbrander auch noch: Seht her, diese Luxemburger sind nicht nur *Bad Bankers*, gotteskindlich hüpfen sie zu ihrem Heiligen. Beziehungsweise trippeln sie.

So euphorisch, wie alte Katholiken sich das wünschen würde, geht es bei der zwangsneurotischen, von hochgradigem Hospitalismus geprägten Veranstaltung nämlich leider nicht ab, Trance- und Ekstasefaktor mangelhaft. Das soll einen Veitstanz

Alles gut, alles schön, alles heil, ein bisschen heilig, die richtige Dosis für ein vom menschenfressenden Autogott gesteuertes Land

bannen, und böse Geister_innen?! Wo sind die Freudensprünge? Bleichgesichter_innen in bleichen Blusen und Hemden bewegen sich relativ unbewegt und viele, die so gehen, wie sie sind. Sie ziehen *Beim Dokter* vorbei und am stattlichen Rettungsaufgebot: Wer soll das brauchen? Niemand ist hier vom Glauben entflammt. Die Würdenträger tragen schwer an ihren Bauchbürden, auf ihrem Haupt gesplante spitze Hüte und magische Mitren, immerhin. Heutzutage muss man aber ein bisschen mehr bieten, die Dancing-Stars-Konkurrenz ist groß.

Feurig also wenigstens die Worte, die aus dem lodernden Herzen des Erzbischofs hervorbrennen, feurig und zugleich derb wie weiland Erzrivalen Luther, Volk mag so was, von göttlichem Zorn und irdischer Bildhaftigkeit getragen seine Tirade. Verständlich, statt auf einen Sprung bei Nationbrander Willibrord vorbei zu kommen, was angeblich hin

und wieder vorgekommen sein soll, sollen Schüler_innen ab jetzt die Schulbänke drücken!

Dabei können sie sich ja immer noch zum Willibrord verdrücken, allerdings nur, wenn Elternteil diese frommen Schübe teilt. Und vielleicht sind sie dann in der *Peer Group* als etwas uncoole Betbrüder oder -schwestern abgespeichert. Vielleicht auch nicht, und alle wollen plötzlich so uncoole Betbros und Betsis sein, es gibt ja kein Tabu mehr. Die Menschen finden meistens praktikable Lösungen.

Wirklich Berufene sollten sich jedenfalls nicht davon abhalten lassen, dem Ruf zu folgen; nicht einmal durch diese unwahrscheinlichen, ominösen Prüfungen, der Herr hält noch ganz andere Prüfungen bereit. Die Urchristen ließen sich wegen ihres Glaubens die Haut bei lebendigem Leib abziehen oder von Löwen auffressen – da ist ein bisschen Gegrinse ja wohl noch auszuhalten, oder der zynische Blick eines atheistischen Lehrkörpers, es könnte eine gerade das zu einer Lodernden machen. Um zu glühen und Erwachsene zur Weißglut zu bringen, muss fräulein nicht mal mehr in die Burka schlüpfen.

Es wäre wieder voll cool, voll hot auf Jesus zu sein, mit ein bisschen Martyrium, dieser softe Katholizismus, dieses labberige Christentum mit Hölle höchstens noch *light* ist ja sowieso nix, deshalb laufen ja alle zu Allah über, der weiß noch, was er will. Leben, Tod, alles, für die Weicheier_innen mindestens der Hadsch nach Mekka.

Da sind ein paar wehrhaft erkämpfte Hüpfen in dem einen Katzensprung entfernten Echternach doch wohl noch zumutbar.

Zu Gast

Pour un big bang institutionnel

Alex Bodry

On le sait bien, le Luxembourg est un pays plutôt conservateur. Les Luxembourgeois n'aiment point les bouleversements, les changements brusques. Ils préfèrent les évolutions lentes, le changement par étapes.

Les partis politiques sont à des degrés divers le reflet de ce conservatisme modéré. S'ils sortent de ce schéma de pensée traditionnel, comme l'ont fait les partis de la coalition gouvernementale lors du référendum de 2015, ils sont vite rappelés à l'ordre.

Alex Bodry est député et président du groupe parlementaire socialiste

Le projet de Constitution est conforme à cet état d'esprit marqué par une grande prudence et une forte continuité. C'est évidemment la recherche du plus petit dénominateur commun et la nécessité de trouver sinon une unanimité, alors au moins un consensus large qui ont dicté la démarche politique en la matière.

Ainsi certaines idées innovantes sont passées à la trappe, faute de consensus. Ces idées me paraissent mériter mieux que de figurer dans un procès-verbal de réunion de commission. Certaines pourraient même être réalisées sans devoir passer par une révision constitutionnelle.

Je pense bien évidemment à l'indispensable valorisation du Parlement par l'introduction d'un statut de député à plein temps, libéré de contraintes professionnelles et de politique locale. L'introduction d'un statut de l'élu national doit trouver sa contrepartie dans un nouvel statut pour les bourgmestres.

Il n'est pas normal que notre Chambre des députés soit considérée comme un parlement à mi-temps. Elle doit se doter de l'expertise interne et externe indispensable pour mener à bien sa mission de contrôle et d'impulsion. Un observatoire d'évaluation des politiques publiques pourrait renforcer son rôle et contribuer à l'efficacité de l'action politique.

L'introduction d'un budget d'État à objectifs pourrait compléter cette réforme d'envergure. Les récentes polémiques autour du Conseil d'État devraient nous amener à reconsidérer complètement sa composition et son rôle. Au lieu de le concevoir comme une sorte de deuxième Chambre politique, il pourrait se muer en organe de conseil juridique pour le Gouvernement voire le Parlement.

Plus d'audace serait de mise en matière électorale, comme par exemple au niveau des circonscriptions. Il faudrait ou bien les adapter aux régions de planification de l'aménagement du territoire ou les réunir dans une seule circonscription nationale. Les modalités de vote doivent être adaptées en conséquence.

En démocratie, un terme électoral de six ans paraît quelque peu démesuré. Pourquoi ne pas ajuster la durée des mandats locaux et nationaux à cinq ans ?

D'autres idées telles que la limitation du nombre de membres du Gouvernement ou le regroupement préalable des compétences des ministres et administrations en fonction des stratégies politiques nationales sont aussi intéressantes. Il faut les débattre. Tout comme il faut repenser la procédure législative en y associant davantage les citoyens dans une phase de consultation.

La campagne des prochaines élections est une occasion parfaite pour le faire. Le débat institutionnel doit être au centre du débat démocratique parce qu'il en trace le cadre.

Notate

Worte wachsen im Schweigen

Viele Zeitgenossen glauben der Verheißung, ihre Freiheit bestehe in der Wahl zwischen zwanzig Artikeln desselben Sortiments.

*

Bauchgefühle – Gedanken der Organe.

*

Ein Gedankenblitz leuchtet nie aus dem Nichts auf, sondern aus der Hochspannung von Geist und Gefühl.

*

Worte wachsen im Schweigen.

*

Wortschliff, geschärfte Waffe gegen Schinder und Schänder.

*

Die Uhr tickert die Zeit in Kürzestgeschichten von Spannung und Entspannung.

*

Den Atem anhalten, um eine kleine Ewigkeit zu spüren.

*

Es verschlägt dir die Sprache, angelangt an der Grenze des Erlebens. Fritz Werf



Plus de hauteur

Découvrez le Lëtzebuurger Land en vous abonnant gratuitement durant un mois.

land@land.lu
www.land.lu
téléphone 485757-1



tablo

Debatte

Diversity rules!

Kultur, Arbeit, Emanzipation lautet der vielversprechende Titel einer zweitägigen Konferenz mit anschließenden Arbeitsgruppen, zu der das Kulturforum und die Arbeitnehmerkammer am Freitag, den 1. Juni um 17 Uhr in die Abtei Neumünster einladen. Es sprechen unter anderem der Philosoph Luc Carton und Direktor der Generalinspektion der Kultur der belgischen Fédération Wallonien-Brüssel, über die kulturelle Demokratie und sowie die Kunsthistorikerin Eva Mendgen über kulturelle Herausforderungen in der Großregion. Anschließend diskutieren Marc Baum, Schauspieler und Politiker von déi Lénk, Danièle Igniti, Leiterin des Düdelinger Kulturzentrums Opderschmelz, sowie Guy Dockendorf, ehemaliger Direktor im Kulturministerium. Die Themen der Arbeitsgruppen am Samstag, den 2. Juni ab 9 Uhr, reichen vom Künstlerstatut über kulturelle interregionale Zusammenarbeit bis hin zu Kultur als Bürgerrecht. Lobenswert: Die Veranstalter haben sich um Vielfalt bemüht und sowohl weibliche wie männliche, als auch jüngere und erfahrenere Referenten, sowie Funktionäre und Freischaffende aufs Podium eingeladen. [ik](#)

Konzert

Supermarktmucke

Für das Genre erstaunlich konservativ war das Video zu seinem ersten eingängigen Club-Hit *Fade out lines* mit der Stimme von Phoebe Killdeer: Eine leicht bekleidete blonde Frau, die nichts tut, außer sich anzukleiden und zu schminken, um dann vor der Kamera zu posen, coole bärtige Hipster-Jungs, die in urigen Bars Schach spielen (Bier-Schleichwerbung inklusive). Nun, der französische Dj Tristan Casara alias The Avener macht Gute-Laune-Musik, seine Songs laufen auch in Supermärkten. Wem das gefällt und wer am Ende einer Arbeitswoche zu unaufgeregten Elektroklängen chillen oder tanzen will: Diesen Freitag, den 25. Mai ab 22 Uhr in der Club-Night im Atelier in Luxemburg-Stadt. Der Eintritt kostet schlappe 25 Euro. Man gönnt sich ja sonst nichts. [ik](#)

Musikalisches Globetrotting

Schriller geht es zu beim mehrsprachig singenden Duo Pira Pora aus Paris, das am Samstag, den 26. Mai ab 21 Uhr im De Gudde Wëllen auftritt. Die beiden Sängerinnen, die als Bengala und Keiki in den sozialen Netzwerken unterwegs sind, nennen ihre Show *World Rhythm and Vibes* und ihre Musik bewegt sich irgendwo zwischen Elektro, Pop und Sprechgesang. Im Netz ist außer Live-Videos kaum etwas über die beiden zu finden, aber womöglich verbirgt sich hinter dem Künstlernamen Bengala eine Studentin der École Nationale Supérieure des Beaux-Arts und zugleich Model, die bereits mit Musik und Performance-Projekten aufgefallen ist. [ik](#)

Ausstellung

Marx im Container

Marx kommt nach Luxemburg. Aber nicht in die Rue de Hollerich wie es namentlich passend gewesen wäre, sondern in die Rotondes. Im *Marxcontainer*, der vom 29. Mai bis 22. Juni auf dem Gelände der Rotondes stehen soll, äußern sich Menschen wie Du und ich über zentrale Themen des Gesellschaftstheoretikers, wie etwa Geld, Wertschätzung, Freiheit, Solidarität. Ins Leben gerufen wurde das Projekt vom Hörspielensemble Liquid Penguin und ja, es gibt eine französische Übersetzung. [ik](#)

Mensch im Museum

Das nennt sich Erfolg: Ein Viertel mehr Interessierte als vergangenes Jahr, nämlich 18 708 Besucherinnen und Besucher, nahmen an der mittlerweile 21. Ausgabe der Luxemburger Museumstage teil. Als besonders beliebt erwiesen sich einmal mehr das Mudam mit 2 737 und das Geschichts- und Kunstmuseum am Fischmarkt mit 2 341 Besuchenden. Erstmals dieses Jahr dabei waren das Feuerwehrmuseum in Senningen, die alte Senffabrik in Pfaffental, das Destilliermuseum in Kehlen und das General-Patton-Museum in Eitelbrück. Der Termin für den nächsten landesweiten Museumstag steht schon fest: Am 18. und 19. Mai 2019 heißt es dann erneut: Hop, hop an de Musée! [ik](#)

Ausstellung



Sumo et al. in the Haus

Der *Street Art*-Künstler Sumo ist einer von 50 Kunstschaffenden, die ab 31. Mai im so genannten *Schwaarzt Haus* in Luxemburg-Stadt ausstellen werden. Die zeitlich befristete Galerie, oder wie es neomodisch heißt *Temporary Art Gallery*, die vom Kulturministerium und von der Stadt Luxemburg finanziert wird, ist das Nachfolgeprojekt von *Wäisst Haus* in Lorenzweiler des Luxemburgers Joel Rollinger, dieses Mal in Zusammenarbeit mit Linda Blaise. Auf seiner *Facebook*-Seite kündigte Sumo an, er werde eigens für das Haus-Projekt angefertigte fluoreszierenden Zeichnungen zeigen. [ik](#)

Aufführung

Realität, Heilung, Europa

Sie gilt als eine der talentiertesten Theaterautorinnen ihrer Zeit: Die Schottin Stef Smith aus dem kleinen Dorf Stirling, die an der Queen Elizabeth Universität in Edinburgh Theaterregie studierte und 2012 ihren ersten Preis erhielt. Smith, bekennende Feministin, machte Furore mit *Swallow*, einem Stück über zwei Frauen und einem Transmann zwischen Selbstzerstörung und dem Wunsch nach Veränderung, mit dem sie 2015 den ersten Platz auf dem Theaterfestival in Edinburgh belegte. 2017 erschien *The girl in the machine*, eine Dystopie in Stil Charles Brookers *Black Mirror*-Serie. Ihr neuestes Drama *Geist*, inszeniert von Hannah Jones, kommt an diesem Samstag, den 26. um 18 Uhr im Rahmen des *International Writers Project* vom TalentLab#18 nach Luxemburg-Stadt ins Zentauren-Theater. Es handelt von „Realität, Heilung und Europa“, wie Smith auf *Twitter* schreibt. Weitere Termine und die Aufführungszeiten der fünf weiteren Autoren des Schreibprojekts am 27., 29. und 30. Mai, Informationen unter www.theatres.lu [ik](#)

Lesung

Düster ist die Handlung von *Ermordung des Glücks* des Krimiautors und mehrfachen Preisträgers des Deutschen Krimi Preises Friedrich Ani (Foto: Wikipedia), das dieser am 29. Mai um 18.30 Uhr im Rahmen der *Mardis littéraires* im Auditorium im Ciné Cité in Luxemburg-Stadt vorstellen wird. In seinem nunmehr zweiten Krimi um den pensionierten Münchner Polizeikommissar Jakob Franck geht es um einen ermordeten Jungen, der nach dem Kicken auf dem Spielplatz nicht nach Hause kommt. Oder noch präziser: Es geht um den traumatischen Schock und Schuldgefühle, die der Mord bei den Eltern und beim Kommissar auslöst. [ik](#)



Lynn Theisen

Cinéma

Fils de lutte

Marylène Andrin-Grotz

Dans le cortège de la manifestation, ce slogan s'accroche à d'autres, côtoyant les bannières des multiples syndicats. Ils sont des centaines à battre le pavé. 1 100 exactement. 1 100 travailleuses, travailleurs français qui se battent contre la fermeture de leur usine. BFM est là, évidemment. Le robinet d'information suit, comme les autres chaînes de télé, radio et journaux, la lutte de cette matière ouvrière vouée à disparaître.

Forte tête d'un des syndicats, Laurent Amédéo fait figure de leader. À ses côtés, les grévistes avancent et se prennent les portes en pleine face : de la direction locale, nationale puis du groupe. Celles du tribunal, celles du conseiller social de l'Élysée, celles du directeur du Medef, patron des patrons. De plus en plus fort, parce que personne ne les écoute. La justice ordonne la fin de la grève et valide la fermeture, la direction plaide le jeu du marché international. En face, la dégradation des conditions de vie, des familles en suspens, un sentiment intense de s'être fait tant avoir : il y a deux ans, pour éviter la fermeture, les employés avaient accepté des conditions financières éprouvantes. Le ballet médiatique glane ça et là les secondes symboliques de la lutte, présentant à la société mortifiée une bande de points levés prêts à cogner.

Parce que oui, ça hurle et ça bouscule beaucoup, dans *En guerre*. Trois ans après *La loi du marché*, qui avait valu à Vincent Lindon la palme de la meilleure interprétation, le réalisateur Stéphane Brizé revient à Cannes avec l'acteur pour ce por-

En guerre de Stéphane Brizé est un film nécessaire, essentiel et ultra-maîtrisé

Cinéma

Mourir à Bénarès ou Ibiza

Lucien Kayser

D'un côté un vieil Indien, professeur à la retraite, qu'un songe a averti de la proximité de sa mort, et qui là-dessus décide de partir à Varanasi (Bénarès), au bord du Gange, pour atteindre le salut ; de l'autre une icône du rock, vingt ans après ses plus grands succès, comme dans une tournée d'adieux, avant qu'elle ne s'en aille à Ibiza mourir d'une chute de vélo un après-midi d'été. Deux films on ne peut plus opposés, dans l'esprit qui anime les personnages, dans l'aire culturelle où ils vivent leur fin de vie, l'un s'y préparant, l'autre y courant en toute inconscience : le film indien, loin de Bollywood, d'une

jeune cinéaste de 26 ans, Shubhashish Bhutiani, a pour titre *Hotel Salvation*, lieu donc où descendent ces Hindous fatigués qui rappellent étrangement le tableau de Ferdinand Hodler, *Müde des Lebens* (1892) ; *Nico, 1988* relate, lui, l'année de la mort de la chanteuse de Velvet Underground, et la réalisatrice Susanna Nicchiarelli en a fait un biopic, un road-movie, sans concession, attachant.

Daya, après une réunion de famille, se fait accompagner à Bénarès par son fils Rajiv ; les deux ne sentendent guère, le fils n'a jamais pu se libérer, est

trop pris en plus par son travail. La mort a ceci de bon, à force de se côtoyer, ils vont se rapprocher. Une chance d'ailleurs que le film, sans faire abstraction de l'environnement, n'insiste pas sur le charlatanisme religieux, c'est les relations humaines qu'il fouille. D'où son côté chaleureux, tendre. D'où également et ensemble ses côtés comique et philosophique. Comme avec le tenancier qui s'arrange avec les gens qui tardent à passer de vie à trépas au bout de la quinzaine prévue : une veuve y est locataire alors qu'elle attend depuis dix-huit ans de rejoindre son mari. Et elle s'entend parfaitement avec Daya, tous le font, il a pris la fonction de nécrologue dans la maison.

Death is a process, est-il rappelé. Il en va de même de tous les rapports. Et Rajiv est peut-être lui aussi en train de se sauver, de se libérer ; le voici marchant sur les gradins de pierre au bord du fleuve, sur le ghat où ont lieu les crémations. Il y portera le cadavre de son père, suivi des gens de la pension, de son épouse, de sa fille, et c'est de cette dernière que vient l'espoir que donne le film. Elle héritera du vélomoteur de Daya, un indice peut-être, léger certes, que quelque chose peut changer dans la condition de la femme, que la liberté, en sautant une génération, peut gagner du terrain.

Les acteurs sont tous très connus en Inde, inconnus chez nous bien sûr. Ils incarnent de la façon la plus naturelle cette part d'humanité indispensable, en l'occurrence, dans une expérience qui permet à tous de mieux se connaître, de mieux connaître les autres, sous la poigne de notre mortelle condition.

Nico, elle, de son vrai nom Christa Päffgen, a fait au long de sa vie le contraire de Daya, tournée qu'elle était toujours vers le divertissement, au sens pascalien du terme. Mannequin, égérie de la Factory de Warhol, chanteuse de Velvet, elle a illuminé une époque ; sa voix, ses traits, on y accrochait. On l'a retrouvée plus

repassés. Celle de Brizé, et Eric Dumont, de son chef-op depuis *La loi du marché*, préfère l'arrière-plan, multiplie les amorces pour renforcer cette omniprésence du collectif, navigue au sein des piquets de grève, des manif et des rencontres qui n'aboutissent pas. Vincent Lindon emmène fougueusement le reste de la bande incarnée par des acteurs non-professionnels complètement habités par l'engagement et la détermination de leurs personnages.

Remarqué, mais non récompensé au palmarès de la compétition cannoise, *En guerre* est un film nécessaire, essentiel et ultra-maîtrisé, jamais complaisant, jusqu'à cette fin d'une cruauté glaçante.

Deux films, très contrastés, par leur aire culturelle déjà, pour une même mortelle condition

tard dans les films de Philippe Garrel, avant que les temps ne deviennent définitivement plus difficiles, et là, dans le film de Susanna Nicchiarelli, dans le jeu de l'excellente actrice danoise Trine Dyrholm, ce n'est plus que de survie qu'il s'agit, sans espoir d'échapper à la misère ou à l'addiction à l'héroïne.

Un manager britannique l'emmène avec des musiciens plus ou moins médiocres en tournée. Les endroits, les concerts, se suivent et ne se ressemblent pas ; on touche le fond sur le littoral italien, c'est le délire dans une salle tchèque, au nez et à la barbe des sbires du régime. Mais on est loin de décembre 1974, du concert avec Tangerine Dream dans la cathédrale de Reims, réconciliation franco-allemande bien avant les vitraux d'Imi Knoebel. À l'époque, toutefois, il avait fallu une messe de purification après.

Il est des déclinis qui touchent, qui paradoxalement grandissent le personnage. Comme le font les retrouvailles de Nico avec son fils Ari ; elle avait été sans doute une mère indigne, trop jeune à sa naissance, avec en plus un père qui n'a pas reconnu le fils (on dit que c'est Alain Delon dont la mère et le beau-père l'ont recueilli, lui ont donné leur nom), elle n'a pas cessé d'être une mère aimante. Ari Boulogne a pris ses distances avec *Nico, 1988* ; son récit à lui s'intitule : *L'amour n'oublie jamais*.

Cinémasteak

En attendant Charlot

Magnifié par l'image, connue de tous, de Charlot emprisonné des entrailles de la machine, *Modern Times* est un des films les plus célèbres de Charlie Chaplin. La revue du même nom fondée en 1945 par Jean-Paul Sartre et Simone de Beauvoir, *Les Temps modernes*, est l'expression de sa vision enthousiaste.

Deuxième film de Chaplin réalisé à l'ère du cinéma parlant, le scénario de *Modern Times* a été envisagé dès 1931, lorsqu'à l'occasion d'un « tour du monde », Chaplin prend conscience des ravages de la crise économique de 1929 et des bouleversements politiques qu'elle induit. Son engagement à gauche est à la fois plus affirmé et plus visible. Le scénario du film témoigne de cette évolution. Charlot est un ouvrier d'usine détraqué par le rythme aliénant du travail à la chaîne ou condamné au chômage par la machine. Devenu fou, il est hospitalisé, avant de se retrouver malgré lui à la tête d'une manifestation ouvrière et aussitôt emprisonné. Libéré, il se lie d'amitié avec une jeune femme (Paulette Goddard) condamnée à voler de la nourriture pour survivre.

Modern Times est aussi le testament esthétique du Charlie Chaplin



Charlot à la tête d'une manifestation ouvrière

Dernière apparition du personnage de Charlot, *Modern Times* est aussi son testament esthétique. Le vagabond cesse d'exprimer le tragique universel pour entrer dans l'arène politique internationale. Néanmoins, comme le rappelle Roland Barthes, dans un des articles qui composent ses *Mythologies* (1957), Charlot « frôle sans cesse le thème prolétarien, mais ne l'assume jamais politiquement ». À côté de la satire sociale féroce des temps qui donne à voir des gags hilarants, comme dans les scènes très connues du travail à la chaîne ou de la machine à manger, un des clous du spectacle demeure la scène de la manifestation ouvrière. Charlot ramasse un drapeau de signalisation tombé d'un camion d'entretien. Il l'agite mécaniquement pour attirer l'attention du conducteur. Une foule d'ouvriers en colère débouche au même moment sur l'avenue, juste derrière Charlot, qui se trouve involontairement devant les manifestants, drapeau rouge en tête.

Associé à une critique « bolchévique » du monde capitaliste, *Modern Times* sera accueilli froidement aux États-Unis, interdit à Rome et à Berlin, mais applaudi à Paris, Londres et Moscou. Il deviendra un classique du cinéma après la guerre. On le trouve dans les catalogues d'exploitation en France dès la seconde moitié des années 1950 et le film fera l'objet d'une seconde sortie en salles en novembre 1971, en pleine contestation gauchiste. De fait *Modern Times* aura contribué à nourrir l'imaginaire des jeunes baby-boomers de l'après-guerre, ceux que l'on retrouvera sur les barricades de Mai 68. Son rejet du taylorisme et du fordisme – que les syndicats et les partis de gauche ne condamnaient que pour leurs excès anti-ouvriers – collait parfaitement à la vision du monde politique des étudiants radicalisés pour qui la société des années 1960 était une prison comparable à une vaste usine. La critique de l'aliénation, propre au jeune Marx idéaliste l'emportait sur le Karl Marx matérialiste. Marcuse était leur auteur de prédilection.

Dans *Modern Times*, on voyait la folie du travail à la chaîne, la frustration sexuelle, l'usage de la drogue, le syndicalisme révolutionnaire spontané du Hobo, ce travailleur itinérant, qui se trouve *On the Road* et *Like a Rolling Stone*, bien avant Jack Kerouac et Bob Dylan. Si bien que la vision soixante-huitarde du film de Chaplin annonçait, paradoxalement, les temps post-modernes. Fabrice Montebello

Modern Times, États-Unis 1936, int. ag. 85', de Charlie Chaplin, sera projeté à la Cinémathèque, place du théâtre, ce soir, vendredi 25 mai 2018 à 18.30 heures.



Des fleurs destinées au courant du Gange, au flux des Baléares

Theater

Rauschendes Leben am seidenen Faden

Anina Valle Thiele

„Eine Werkstattinszenierung“ heißt es schnöde in der Ankündigung des Stücks *Der himmelblaue Herr*, und den Namen Fanny Sorgo hat man noch nicht gehört in Luxemburg. Doch die junge Österreicherin (Jahrgang 1993) mit den blau gefärbten Haaren wird man sich merken, denn ihr Theaterstück beeindruckt: sprachlich wie durch Ideenreichtum. Die Inszenierung auf der kleinen Bühne im Kasemattentheater – beruhend auf dem Konzept von vier jungen Schauspielern, vorwiegend Absolventen des Wiener Max Reinhardt Seminars, darunter der Luxemburger Max Gindorff – ist durchgeknallt, aber in sich stimmig. Das Stück wirkt geschrieben wie ein *cadavre exquis*, wie zufällig scheinen Sorgos Figuren zusammengewürfelt, ein jeder abhängig vom nächsten und doch hoffnungslos allein in einer kaputten Welt ...

Da ist Großmutter Eva Zulus, die nach Jahren der Anpassung nicht so weitermachen will und abrupt die entgegengesetzte Richtung einschlägt. Wütend wird sie sich irgendwann die Perücke vom Kopf reißen, ihrer wahren Identität auf der Spur. Ihre Tochter Anika (Clara Schulze-Wegener) ist ungewollt schwanger und unter heftigen Blutungen dabei ihr Kind zu verlieren. Im Krankenhaus treffen die beiden aufeinander und Eva stellt ihrer Tochter erstmals ihren Vater vor: Zahnchirurg Konrad rettete Eva einst einen Zahn, der nur noch an einem seidenen Faden hing ... Anikas Mann wird bei einem Motorradunfall den Kopf verlieren und sie selbst in einem Zugabteil ihren Sohn zur Welt bringen: Florentin Fartely. Der wird davon träumen ein Grillferkel zu sein: gewärmt und geliebt. Auf der Suche nach Geborgenheit wird Florentin sich in die tänzelnde Nathalie verlieben und gemeinsam taumeln sie fortan liebebrunken durchs Leben.

Das Bühnenbild: ein viergeteilter Kasten – eine wackelige Konstruktion! So brüchig wie die vier Figuren, die sich in ihrem Viereck bewegen wie auf einem Tableau: Mal halten

Musique classique

Flash Bach

José Voss

« Bach is probably the only composer whose musical output is so rich, so challenging to the performers and so spiritually uplifting to both performer and listener alike, that one would gladly spend a year in this exclusive company. » C’est en ces termes que Sir John Eliot Gardiner justifie sa passion pour « l’homme qui tutoyait Dieu ». Dimanche dernier, c’est avec ses musiciens et choristes habitués qu’il était l’hôte de la Philharmonie pour une soirée entièrement dédiée au grandissime Jean-Sébastien Bach, duquel il a interprété des œuvres vocales richement instrumentées, et qui offrent l’avantage de mettre en valeur le talent des solistes.

À chacun son laboratoire : pour Haydn, c’étaient les quatuors ; pour Beethoven, les sonates ; pour Bach, pas de doute, ce furent les cantates. Il en composa plusieurs centaines ; là, il a tout expérimenté : forme, instrumentation, style. De ce labo, le maestro bri-tannique a fait, depuis les années

1970, sa résidence principale. Figure de proue de l’*aggiornamento* musicologique baroque, lequel a permis de restituer un Bach plus vif, plus incisif, « à tu et à toi » avec le Cantor depuis belle lurette, le jardinier des sons d’Outre-Manche, l’un des chefs au talent le plus hardiment novateur, se tient le plus près possible des conditions d’exécution de l’époque. Une recherche d’authenticité qui implique notamment l’utilisation d’instruments anciens, l’allègement des effectifs ainsi que l’assouplissement des tempos, articulations, phrasés. Le résultat : une lisibilité des lignes, une densité des couleurs et une intensité chambriste qui prennent immédiatement l’auditeur en otage.

Pour commencer, Gardiner, *gentleman-farmer* à la campagne dans son domaine du Dorset, gentleman tout court à la scène, s’empare de la Cantate « Wachet ! betet ! wachet ! » BWV 70, dont il démêle de manière magistrale l’écheveau polyphonique. Fidèle à ses idéaux d’intégrité, il les a vite accordés à son imagination théâtrale. Multiplicité dans l’unité, permanence dans le changement, stabilité dans le mouvement : la musique s’attribue les privilèges de Dieu. La réalisation de la Cantate « Weinen, Klagen, Sorgen, Zagen » BWV 12 est un modèle du genre : vivacité sans hâte excessive, solistes vocaux et instrumentistes mêlés avec art, bref, une belle réussite.

La Cantate « Jesu, der du meine Seele » BWV 78 évoque les souffrances rédemptrices de la « vallée de larmes » qu’est la vie terrestre. Le thème chromatique descendant qui marque le chœur d’entrée rappelle le *lamento* exploité dans la cantate précédente. Mais le bonheur des auditeurs va culminer avec la célèbre Cantate « Wachet auf, ruft uns die Stimme » BWV 140, pour laquelle sans aucun doute a été inventé le mot « sublime ». Empreinte d’une ferveur lumineuse, elle trouve sa parfaite expression dans la conjonction, réalisée sur les cimes, du Monteverdi Choir et des English Baroque Soloists sous la férule rigoureuse de leur chef attiré. Les solistes vocaux sont de qualité : le limpide contreténor Reginald Mobley est de loin le meilleur ; l’expressif et mordoré baryton-basse Matthew Brook s’investit avec ardeur, et l’habité soprano Mary Bevan ne manque pas de prestance. Les timbres instrumentaux sont souples ; les chœurs, disciplinés mais jamais raides. C’est un Bach épanoui que les Anglais nous font entendre. En les écoutant, on ne peut s’empêcher de penser à ce que disait Cioran : « Si l’âme n’existait pas, la musique l’inventerait ». Merci, Herr Bach, et merci, Mister – pardon, Sir – Gardiner, pour l’électrochoc salutaire qu’a suscité cette musique si peu dans l’air du temps qu’elle a l’air d’appartenir à l’éternité.

Certes, il est des lectures plus « spectaculaires ». Mais le Bach dont nous a gratifié Gardiner est non seulement fervent – il ne manquerait plus qu’il ne le soit pas ! –, mais il chante sa foi sans démonstrations excessives, avec une sérénité et une humilité qui réchauffent le cœur et l’esprit. L’ovation nourrie et chaleureuse qui a suivi l’accord final n’était-elle pas la preuve patente d’une audience comblée clamant son bonheur ? Seul petit bémol à nos yeux : l’aberration qui consiste à donner ces pages de musique éminemment sacrée (qui suivent l’adage que Luther emprunte à saint Augustin, « chanter, c’est prier deux fois ») dans un cadre désacralisé. Sacré Bach... à défaut de Bach sacré !

Die Inszenierung von Fanny Sorgos *Der himmelblaue Herr* im Kasemattentheater war erfahrbar wie ein Rausch

sie sich an den Stäben des Bagerüsts fest, mal krallen sie sich aneinander und suchen Halt beieinander, um dann wieder auszuscheren. Ein junger Mann hängt über einer Kloschüssel, weil er das Leben zum Kotzen findet und „sich zu wenig fühlt“. Ein anderer (der Zahnchirurg) trägt eine Schweißerbrille und einen Bohrer in der Hand. Nathalie steht in gelben High Heels schräg auf ihrem Teil des Gerüsts und biegt sich in den Wehen, während ihre Mutter im Alter furios ihr Coming Out zelebriert.

Fanny Sorgos Figuren hängen alle eklektisch zusammen, sie hängen auf- und aneinander und speien die Wortspiele des Textes zornig in die Welt: eine dichte Sprache voller Wortwitz und Absurditäten. Wer sich drauf einlässt, kann lachen und kommt doch kaum mit in dem Tempo, in dem sich die vier Schauspieler die Bälle zuspielen. – Ein Psychogramm unserer Ängste und ein Spiegelbild einer krankenden Gesellschaft.

Sorgo, deren Stück *Der himmelblaue Herr* 2013 für den Retzhofer Dramapreis nominiert wurde, erzählt die Familiengeschichte der Fartelys und die Liebesgeschichte von Nathalie und Florentin stark, und die vier jungen Schauspieler wissen die Worte im Kasemattentheater szenisch in Musik zu verwandeln. Die Inszenierung ist subversiv und dynamisch, die Sätze bleiben an einem haften und wirken dumpf nach: „Das Öl und meine Illusionen sind an mir herabgeflossen und vielleicht kleben sie noch irgendwo in all den Abflussrohren.“ Es sind politische Themen einer jungen Generation, die Gendervarianten durchspielt auf der rastlosen Suche nach der eigenen Identität und der Jagd nach dem flüchtigen Glück, die das Leben aufzusaugen versucht, ehe es vorbei ist und man sich im Altenheim im himmelblauen Hemd gegenüberstzt.

Ganz klar wird zwar nicht, worauf Fanny Sorgo mit ihrem Stück hinauswill, aber vielleicht liegt gerade in dem sinnentleerten Treiben ihrer Figuren die Pointe. Die Inszenierung ist jedenfalls erfahrbar wie ein Rausch. Wenn man am Ende des Kasemattentheater verlässt, fühlt es sich an, als würde man euphorisch-taumelnd von einem Karussell herabsteigen, erfreut, dass es ihn offenbar doch noch gibt: den frischen Wind in der Theaterwelt.

Der himmelblaue Herr von Fanny Sorgo. Eine Werkstattinszenierung im Kasemattentheater. Konzept und Schauspiel: Markus Bernhard Börger, Max Gindorff, Max Herzogenrath und Clara Schulze-Wegener. Premiere war am 18. Mai. Keine weiteren Vorstellungen.



Die Figuren hängen auf- und aneinander und speien zornig Wortspiele in die Welt

Art contemporain

Dialogues amoureux

Loïc Millot

L’histoire de l’art est aussi l’histoire du patriarcat. De Gustav Klimt à Pablo Picasso, d’Alfred Stieglitz à Oskar Kokoschka, les artistes masculins sont nombreux et leurs œuvres bien connues du grand public. On devine cependant, à travers ce monopole viril de la reconnaissance internationale, l’indice d’une discrimination à l’endroit des femmes, si longtemps écartées de la pratique des arts. Dora Maar, par exemple, est davantage citée en tant que modèle et maîtresse de Picasso que pour sa production picturale et photographique. On pourrait évoquer aussi le cas de Berthe Morisot parmi les impressionnistes, ou encore, plus près de nous, de Tina Modotti ou de Georgia O’Keeffe, pour citer



Hannah Höch, *Für ein Fest gemacht*, 1936

quelques artistes féminins réunis au Centre Pompidou-Metz à l’occasion de l’exposition *Couples modernes*. Conçue en collaboration avec le Barbican Centre de Londres, la manifestation offre un vaste panorama d’artistes ayant à la fois vécu et travaillé ensemble. L’art, comme l’amour, se partage et se pratique à deux, à trois ou à quatre, selon la sensibilité et les plaisirs de chacun, faisant place à des formes de cohabitation et de coopération artistique aussi originales qu’inédites.

Conformément au parti pris interdisciplinaire adopté depuis sa création par l’institution messine, des tableaux côtoient à égalité des photographies, des dessins, des poèmes, des extraits de films, assortis de témoignages relatifs au contexte de production – croquis préparatoires, lettres, parutions, manifestes, et cetera. L’œuvre et le document s’entrelacent ici continuellement pour célébrer l’union, chère aux mouvements d’avant-garde du XX^e siècle, de l’art et de la vie. L’heure est venue, en outre, de décloisonner les disciplines. D’étranges personnages masqués s’invitent ainsi dans les chorégraphies de Lavinia Schulz (1896-1924) et de Walter Holdt (1899-1924). Dans les rues de Moscou, Mikhaïl Larionov (1881-1964) et Natalia Gontcharova (1881-1962) déambulent le visage et le corps peinturlurés. Outre leurs performances pionnières dans l’espace public, le duo fonde, en 1912, le rayonnisme, en écho au futurisme de l’Italien Marinetti.

Un *Paysage* (1912) de Larionov, avec ses lignes sail-lantes, sa composition dynamique, et ses éclairs de lumière qui semblent vouloir brûler le sujet représenté, fait sensation. Les photographies renversantes d’Alexander Rodtchenko (1891-1956) et de Varvara Stepanova (1894-1958) synthétisent l’art du montage, de l’affiche et de la typographie. Des films d’Eisenstein aux excentricités phonétiques de Velimir Khebnikov, de nombreuses expérimentations formalistes voient le jour en Russie, avant comme après la Révolution bolchévique.

En Allemagne, trois autres Russes, Vassily Kandinsky (1866-1944), Marianne von Werefkin (1860-1938) et Alexej von Jawlensky (1864-1941), fondent aux côtés de Gabriele Münter (1877-1962) la Nouvelle Association des artistes de Munich. Ils ont pour habitude de se ressourcer en Bavière, dans le village de Murnau.

L’art, comme l’amour, se partage et se pratique à deux, à trois ou à quatre, selon la sensibilité et les plaisirs de chacun

Le public pourra admirer les paysages lyriques que Jawlensky et Werefkin auront exécuté au cours de leur séjour. À peu près au même moment le poète Blaise Cendrars exalte, dans *La Prose du Transsibérien et de la petite Jehanne de France*, la vitesse, l’électricité, le transport, la modernité industrielle. Le recueil paraîtra en 1913 avec des illustrations en couleurs de Sonia Delaunay-Tercken. L’année suivante, la peintre inscrira le titre de cet ouvrage sur sa toile *Prismes électriques* (1914). À la suite de Robert Delaunay, les photographies de Germaine Krull et d’Eli Lotar témoignent de l’attrait exercé par la Tour Eiffel, véritable symbole de l’ère industrielle.

L’utopie moderniste se rencontre aux quatre coins de l’exposition *Couples modernes*, dans des salles conçues comme des alcôves de créativité. Outre la centaine d’artistes représentés – parmi lesquels figurent évidemment Frida Kahlo et Diego Rivera, mais aussi les méconnus et talentueux Arpad Szenes et Maria Helena Vieira da Silva – la manifestation permet d’explorer les grands mouvements artistiques de la première moitié du XX^e siècle, de Dada au futurisme, du constructivisme au Bauhaus.

L’exposition *Couples modernes* se tient jusqu’au 20 août 2018 au Centre Pompidou Metz.

Festival de Cannes

Masculin Féminin

Thierry Besseling

Un des seuls portraits d'une femme forte nous provient cette année d'un habitué chinois de la Croisette. Ayant remporté en 2013 le Prix du scénario avec son film de sabre *A Touch of Sin*, Jia Zhang-Ke a marqué son retour en 2015 avec le mélodrame *Au-delà des montagnes*. Avec son nouvel opus *Les éternels*, déployé sur trois époques, il s'attaque pour la première fois au film noir, tout en racontant une histoire d'amour pas comme les autres.



Kairi Jyo et Miyu Sasaki dans *Une affaire de famille* de Hirokazu Kore-Eda, film auquel a été décernée la Palme d'Or cette année

Car la jeune Qiao, amoureuse de Bin, un chef d'une pègre locale, va aller jusqu'en prison pour défendre son petit-ami dans une scène d'action ontologique. Ayant appris à tirer de Bin, ce dernier l'avait prévenu que rien de bon n'émèrgera de l'usage d'un revolver. Pour le protéger, elle va recourir de sang-froid à l'arme à feu afin d'intimider le clan de jeunes délinquants qui ne connaissent ni foi, ni loi. Faisant l'ellipse sur l'emprisonnement de Qiao, celle-ci va découvrir à sa sortie que Bin refuse de rentrer à nouveau en contact avec elle puisqu'il a trouvé un nouvel amour. Dans une incroyable fidélité à ses sentiments, et qui est mis en parallèle avec l'intégrité de la pègre sur laquelle a régné son mari, elle va continuer à aimer Bin. Ce dernier revient la retrouver laminé et paralytique dix ans plus tard, vu qu'il se rend compte que c'est la seule personne qu'il ait jamais aimée. Risquant une incursion de la vie réelle dans l'univers de la fiction en confiant le rôle de Qiao à Tao Zhao, qui n'est personne d'autre que la femme du cinéaste, Jia Zhang-Ke signe une œuvre cohérente avec ce neuvième long-métrage.

L'antithèse absolue de ce beau portrait féminin est le dernier film du réalisateur danois Lars Von Trier. Avec *The House That Jack Built*, il livre un portrait d'un tueur en série qui revient sur ses six meurtres les plus réussis. Pendant deux heures et 35 minutes, ce sont avant tout des femmes qui vont être masacrées, et parmi lesquelles se trouvent aussi son épouse et ses enfants. Von Trier n'a jamais caché son nihilisme profond, mais avec son dernier opus, il signe un autoportrait grinçant sous la forme d'un protagoniste incapable d'empathie envers les autres, et animé avant tout par sa pulsion de mort. Après avoir trouvé les matériaux et la forme macabres pour achever son œuvre d'art ultime (la maison qu'il n'est pas arrivé à construire pendant sa vie), c'est Verge, incarné par Bruno Ganz, qui va l'inviter à une descente au royaume des ténèbres non sans rappeler l'enfer de Dante. Déserté par de nombreuses femmes pendant la projection, Von Trier, ne cherchant pas à se faire aimer par tout le monde, est connu pour sonder les tréfonds de l'âme humaine, et signe avec ce film une provoca-

tion immorale au plus haut degré. Cautionnée par le festival sûrement parce qu'il s'empêche de sauver son protagoniste à la fin du film, il n'empêche que sa sortie correspond au moment où la Ligue et le Mouvement cinq étoiles renversent la politique italienne. Si l'extrême droite et le populisme gagnent davantage du terrain en Europe, la glorification un peu perverse d'un homme qui devient tueur en série pour ne pas passer pour un dégonflé crée,

ses besoins. Il l'invite à passer la nuit dans un hôtel, sans pour autant forcer ce à quoi on s'attend, tout en le laissant advenir naturellement dans un deuxième temps. Ce film se résume à cette rencontre de deux corps dénudés improbables, cet africain au sexe conséquent et cette jeune musulmane dont les courbes ne correspondent pas vraiment aux affiches des publicités qu'ils croisent dehors. Le chemin initiatique de Yasmina réside dans le réapprentissage de l'abandon de soi à l'autre et qui passe par l'étape cruciale de la confiance, avant de pouvoir finalement jouir d'un plaisir qu'elle se croyait défendue.

Mais c'est le récit d'une douanière au physique disgracieux capable de flairer la culpabilité d'un individu qui remporte le prix un certain regard cette année. Dans le film fantastique suédois *Gräns*, Tina rencontre Vore, au faciès tout aussi peu délicat, et frappé par la foudre comme elle. Ensemble, le couple utilise de leur don surnaturel pour se mettre à la recherche d'hommes qui ont un point faible pour la pornographie infantile. Dans *Les chatouilles*, premier film d'Andréa Bescond et d'Eric Metayer, toujours présenté dans la section *Un certain regard*, les répercussions d'un désir déviant sont racontées du point de vue d'une femme, incarnée par la réalisatrice Bescond, et qui est devenue victime d'un pédophile pendant son enfance. Cet ami très proche de son père l'a manipulé à tel point qu'elle a gardé son secret jusqu'à très tard dans sa vie. En racontant en alternance les scènes de psychanalyse de cette jeune danseuse, les flash-backs de son enfance ainsi que la sublimation de sa blessure à travers ses rôles dans des séquences de comédie musicale, ce film français atypique aborde d'une manière drôle et légère un sujet on ne saurait plus noir.

Quant à la caméra d'or, accordée au meilleur premier long métrage, ce prix a été décerné par la réalisatrice Ursula Meier et son jury au film belge *Girl* de Lukas Dhont. Née garçon, Lara, quinze ans, se lance avec l'appui de son père à corps perdu dans la quête de devenir danseuse étoile. Doublement récompensé, ce récit d'un adolescent transgenre a valu à l'acteur Victor Polster le prix du meilleur acteur par le jury *Un certain regard*, présidé par l'acteur Benicio del Toro.

Que l'être humain puisse aussi ne pas arriver à l'étape de la sublimation de la violence et la tourner contre soi-même, de nombreux films en compétition en font allusion. Synonyme d'une époque mouvementée, l'approche respectueuse du thème funeste du suicide est une récurrence dans les films qui ont défilé dans les salles cannoises. L'on retrouve ce sujet dans le lumineux et drôle *3 Visages* de Jafer Panahi. Après avoir réalisé son film clandestinement en Iran, le cinéaste n'a pas pu venir récupérer le prix du scénario qui lui a été décerné ex-aequo avec *Lazarro Felice* de la cinéaste italienne Alice Rohrwacher.

Dans le thriller loufoque *Under The Lake* de David Robert Mitchell, c'est un illuminé qui cherche d'une manière obsessionnelle le pourquoi du comment sur le derrière d'une boîte de céréales. Une quête que le protagoniste névrosé va finir par lui, vu que l'illu-



Film noir selon Jia Zhang-Ke : Zhao Tao dans *Les éternels*, neuvième long-métrage du réalisateur

Ni un film engagé, ni un film féministe a obtenu la distinction suprême, et il faut monter dans l'échelle des prix pour retrouver – avec *BlackKKKlansman* de Spike Lee – une des seules comédies de la compétition

comme les autres. Le prix de la mise en scène, décerné au très réussi *Cold War* du cinéaste polonais Pawel Pawlikowski, se clôt également sur une fin noire, bien que le couple l'affronte ici avec une lucidité calme.

Il faut monter dans l'échelle des prix pour retrouver une des seules comédies de la compétition, primée avec le prix du jury. Basé sur un fait divers stupéfiant, *BlackKKKlansman* de Spike Lee est un film drôle et engagé sur un officier de police afro-américain du Colorado qui a réussi à infiltrer au téléphone le Ku-Klux-Klan local, tout en se dédoublant grâce à son collègue blanc qui se rend aux meetings pour lui. Incarné par un duo remarquable composé de John David Washington, le fils de Denzel, et Adam Driver, le rire est au rendez-vous avec un sujet qui ne s'y prête pas en apparence. Ce film aurait pu prétendre à la palme en poussant plus loin les absurdités de toute forme de communautarisme, que ce soit du côté du Ku-Klux-Klan que du côté du militantisme et de l'activisme noir, et que le film amorce de mettre en parallèle à deux reprises.

Mais ce n'est ni à un film engagé, ni à un film féministe auquel le jury a décerné la Palme d'Or cette année. Le réalisateur japonais Hirokazu Kore-Eda, un autre habitué de la Croisette, obtient la distinction suprême avec *Une affaire de famille*, une œuvre à la fois tendre et cruelle. À une époque où la bioéthique ouvre la porte à l'homoparentalité, Kore-Eda redéfinit dans ce film son sujet de prédilection, la famille. À la prédominance des liens de sang, il substitue l'importance des liens que l'on choisit librement au cours de notre court voyage terrestre. Son récit d'une famille vivant au seuil de la pauvreté qui recueille une enfant maltraitée au sein de leur foyer, touche quand la bienveillance de la famille d'accueil est remise en question par la réalité peu attendue des liens qui les unissent. Sans calculer consciemment à l'avance les éventuelles conséquences que la décision du garçon aura sur son envie d'aider la fillette, ce film montre aussi très clairement à quel point l'entraide humaine relève d'un choix qui doit avant tout venir du cœur.



La liste des films sélectionnés pour la rubrique *Un certain regard*, à côté de l'entrée à la salle de projection





La reprise de Milo Rau



KunstenFestivaldesArts

Ronald Dofing

Quel théâtre pour un monde saturé de *fake news* et d'images virtuelles ? C'est la question que se pose – pour la 24^e fois – le KunstenFestivaldesArts de Bruxelles lors de sa semaine d'ouverture, et jusqu'à la fin du mois de mai. Revenir vers une pureté originelle, largement imaginaire, ou intégrer et triturer le matériau contaminé par la novlangue des médias sociaux ?

Milo Rau tente d'y répondre en remontant aux racines archaïques et à la violence de la tragédie grecque dans sa reconstitution d'un fait divers – le meurtre homophobe d'un jeune Tunisien liégeois en 2012 – dans le premier volet d'une série d'investigations théâtrales, intitulé *La reprise. Histoire(s) du théâtre (I)*. Fidèle à sa manière de reconstitution de faits divers et de crimes contre l'humanité, Rau aborde cette mise à mort par le biais d'une équipe composée d'amateurs et de professionnels, la gestation du « spectacle » s'inscrivant parallèlement à la tentative de recomposer les éléments du crime et devant produire une révélation proche de la catharsis des Anciens.

Devenu depuis peu le successeur de Johan Simons à la direction artistique du NTG de Gand, Milo Rau a proclamé ses intentions dans un « manifeste de Gand » promouvant un « réalisme global » et un « théâtre démocratique » à travers une transparence des moyens scéniques, un peu à l'instar de ce que prétendait le « Dogme » danois dans le domaine du cinéma. La modestie des moyens est inversement proportionnelle à l'ambition revendiquée de rendre toute sa dimension politique au théâtre et de réconcilier la quête de vérité avec un réalisme réinventé pour une « époque liquide » en porte à faux avec la quête de sens et la mission collective du théâtre des origines : « Si Œdipe rencontre et tue accidentellement son père, ce n'est pas une coïncidence, mais fait partie d'un grand destin collectif de l'humanité. Il y a donc un but à tout ce qui se passe. Mais comment le trouver aujourd'hui ? Où est la transcendance derrière la misère humaine aujourd'hui ? Pour moi, cette question est la plus importante de toutes : nous racontons quelque chose pour comprendre le récit dans l'acte même, pour le surmonter. Cela peut

Chez Milo Rau, la tension entre l'événement réel et sa représentation scénique est bien thématisée, mais jamais résolue ou encore moins transcendée

sembler un peu romantique, mais j'essaie en fait de trouver la transcendance », dit Milo Rau dans une interview reproduite dans le programme du spectacle.

Disons d'emblée que *La reprise* constitue une tentative frustrée qui démontre les limites d'un « théâtre du réel », qui se veut une captation sur le vif doublée d'une réflexion intrinsèque sur les instruments de médiation (psychologiques, sociaux, spectaculaires) mis en œuvre. La mise à nu des ressorts du jeu n'embranché que de façon fragmentaire sur les questionnements profonds liés à la nature du déchainement de la violence homophobe (encore dilués par une diversion peu pertinente, parce que trop sommaire, sur la « violence sociale » du démantèlement industriel à Seraing) : le long et pénible rituel central du meurtre, auquel on assiste presque en temps réel à travers une projection vidéo qui est censée nous embarquer avec la victime à l'intérieur de la voiture des meurtriers, démontre le décalage radical entre violence réelle et simulée. Rau en est d'ailleurs conscient lui-même, puisqu'il alterne des séquences montées au préalable avec le tournage brut en direct. La tension entre l'événement réel et sa représentation scénique est bien thématisée, mais jamais résolue ou encore moins transcendée. Chassez l'artifice, il revient au galop : comme Johan Leysen conviait au début de la représentation, avec force fumeroles et effets de lumière, le fantôme du père d'Hamlet pour mieux dénoncer le paradoxe du comédien, *La reprise* se clôt sur un moment de grâce qui n'a que peu à voir avec l'enquête que le collectif s'était posée comme objectif au départ : le comédien amateur Tom Adjibi entonnant le *Cold Song* de Purcell en hommage à la victime qu'il était censé incarner, Ihsane Jarfi. Preuve s'il en fallait que la magie – et le pouvoir de conviction – du théâtre opèrent le mieux quand ils font une entorse à leurs propres principes programmatiques.

Paradoxes du théâtre vivant que Christodoulos Panayiotou aborde de front dans sa conférence / performance *Dying on stage*, qui livre, à travers une collection hautement personnelle de « moments ultimes » de ses idoles (Noureev, Dalida, Nina Simone,...) anticipant leur propre mort à travers des rituels scéniques parfois outranciers, mais toujours empreints de gravité même lors de moments d'apparence grotesque ou trash. Le fil d'Ariane que l'artiste chypriote y déroule va à l'opposé de la démarche de Milo Rau : à partir d'images en basse résolution glanées sur Youtube, le travail de reconstitution mémorielle s'accomplit malgré la piètre qualité du matériel d'origine, en remontant vers un affect caché et invisible à l'œil nu.

Enfin, c'est la compagnie barcelonaise El Conde de Torrefiel, qui, avec la création de *La Plaza*, s'est saisie dans toute sa complexité de la question de l'impossibilité d'un réalisme contemporain, à partir du postulat de la mort de l'action scénique et de sa résurrection plus que compromise. Cette radicalité n'est certes pas nouvelle (pensons au Living Theatre des débuts, et à ses épigones), mais la mise au goût du jour opérée par la troupe

El Conde de Torrefiel est au-delà du théâtre, dans un espace post-apocalyptique où la connaissance de l'autre se heurte au mur des images réductrices, porteuses d'une violence identitaire immanente

autour de Tanya Beyeler et Pablo Gisbert a le mérite de provoquer un débat qui rebat toutes les options esthétiques, sans vouloir – ou pouvoir – indiquer une sortie (de secours). La pièce – ou faut-il dire l'installation – s'ouvre par un lever de rideau découvrant la vaste scène du Kaaitheater envahie par un amoncellement commémoratif de fleurs et de bougies, l'image flash de tant d'attentats récents gravée dans notre mémoire de spectateurs contemporains. Spectateurs, mot-clé, d'un spectacle du monde aux repères visuels brouillés et aux frontières interprétatives floues : pendant près d'une demi-heure, on reste plongé dans l'incertitude si le spectacle va commencer, ou si justement le spectacle c'est ça, ce tableau funéraire commenté même pas par une voix off, mais par des surtitres défilant au hasard d'un commentaire cryptique sur un spectacle muet durant 365 jours et dont ce serait le dernier moment. Puis la scénographie change, on se retrouve comme dans un rêve éveillé dans les rues de Molenbeek, mais où tous les habitants auraient le visage bandé, méconnaissables. El Conde de Torrefiel est au-delà du théâtre, dans un espace post-apocalyptique où la connaissance de l'autre se heurte au mur des images réductrices, porteuses d'une violence identitaire immanente. On dirait les enfants de la folie iconoclaste de Rodrigo Garcia, séveillant sur un plateau dévasté devant le défi de rebâtir le monde avec uniquement des déchets. Comme le fantôme du père d'Hamlet dans la proposition de Milo Rau, un vague sosie d'Andy Warhol s'agite autour d'une table de dissection, seul élément de décor qui restera à la fin, scruté par une caméra tournant à vide. La rage du manque de consolation que le théâtre ne sait plus offrir est palpable, et sauve « La Plaza » du nihilisme. C'est au contraire la plus belle illustration que le degré zéro du théâtre ne saurait être autre chose qu'un nouveau départ, encore et toujours.

Le KunstenFestival des Arts de Bruxelles dure jusqu'au 26 mai ; www.kfda.be

La reprise: Histoire(s) du théâtre (I) part en tournée européenne et sera joué cet été en Avignon ; www.ntgent.be. *La Plaza* a été invitée au *Wiener Festwochen* en juin et sera également en tournée après ; www.elcondedetorrefiel.com.

Anatomie du réel



La Plaza de El Conde de Torrefiel



El Conde de Torrefiel

STIL

Strange people on strange TV shows

Jeffrey Palms

Ah, Eurovision. The most ridiculous televised event on the planet. Americans cannot understand it, we find it detrimentally cute, if not charmingly obscene, there are urban legends of a whole family in Utah who watched it and cringed themselves to death. Eurovision takes the most American trope that Americans know—a televised mega-event of showboating, cheesiness, celebrities, and ritualistic viewing—and perverts it into an outrageous, creeping absurdity. Explaining Eurovision should be the sole question on any EU nationality exam.

Permit me to muddy my way through some theories as to why country, culture, and communication make it so.

To Americans, the UK is a small country: one measly time zone, the relative practicality of rail travel, a mere fifth our populace. Across a thin water strip lie all of its prime antagonists, often comparable in size and history, making Britain just another orange on the branch. I mention this to introduce some perspective to Luxembourgers, whose country is like a tiny beetle you could flick into the sea.

Unless you hail from a megacountry like the States, you can't fully know what it's like. Over there, you generally have to travel damn far to find someone who isn't expected to speak English, but also whose norms in meal sizes, media outlets, and work holidays much differ. Walk westwards from Philadelphia for a fortnight: you'll reach new climates before finding anyone who is terribly foreign.

Indeed, in the States, you pretty much don't meet foreigners unless you live in Manhattan (which is too expensive) or in a national park (which is illegal). We have them, but not like Luxembourg does: in the States, foreigners quickly morph into locals. You typically don't move to Kalamazoo, Michigan, for a gap year or a secondment—you move there to start a new life as an American.

The country eats people and breaks them down with its acids and changes their makeup. It's weird, but our youthful and destabilised American identity still needs meat to grow and to form new muscle. European countries are old and established, by comparison, and cannot digest new folk so quickly. If a Luxembourgish family did move to Kalamazoo, their neighbours might say things like "this neighbourhood is so cosmopolitan—we have Europeans living here!" and boast of how these nice strange people smear cooked cheese on bread for dinner. Soon enough, the family wouldn't be distinguishable as foreign at all, just a little odd.

This is not to say that everyone is accepted, only that aliens lose their cachet of exoticism relatively fast. But while what it means to be "not for-



Netta from Isreal celebrating her victory at this year's Eurovision song contest

eign" is clear, what it means to be American is, perhaps, another issue. Plenty of infighters have tried to foist their own identity onto the American character, but none of them has the gravity or history to keep it there; as a result we keep deadlocking each other back to our only common ideal, which is that we have no common ideal. Instead, we have the Super Bowl.

So, imagine this enormous place where locals can seem foreign to each other and foreigners fit in as pieces of local colour. The ultrapolite American chatter you may know is the only electropulse capable of getting from system to system, person to person, people to people. It comes under criticism for its superficiality, but superficiality is the point: without more commonality, we cannot be knowing or ironic with each other. Rather, we have relaxed into a rhythm of speaking that circulates similarities, not differences.

Back to Eurovision, then: every year I theorise about it, and this time I've concluded that awkwardness is what's so European about it. The four Portuguese hosts of the 63rd edition on 12 May sighed into the camera, flirted via translator, hammed it with the fans—it was humbling, in a way, watching them tolerate themselves all evening. The States has cringeworthy TV hosts too, of course, but they more often court stupidity than awkwardness. Our giant country, digestion of foreignness, and native superficiality enable a sort of public comfort, a nationwide small-town vibe where you can (and should) say "howdy!" to just about anyone. This smoothness has also sensitised us to awkwardness, thus forming our national insecurity: much more than seeming stupid, we fear seeming unrelatable.

Not so in Europe. I've lived in Ireland, Portugal, the UK, the Netherlands, and Luxembourg, and to my outlander eyes Europeans don't possess this particular strain of insecurity, at least not in the same way. Rather, the uncontested (by comparison) national identities here form a bedrock that supports a sea of irony. Cultures keep a hu-

morous distance from themselves: if a British person expresses disgust for tea you'd be expected to consider that a lie; when Luxembourgers bluster about daily minutia as ardently as they do about Brexit it's on you to filter out the real direness of their feelings.

Because Eurovision's producers are obviously in the business of devastating all nuance, these national ironies get evaporated—and because the event is cross-continental, any comedy that might survive in puddles of language is splashed away too. What's left is four hours of TV with no cultural or lingual lubricant whatsoever. The presenters may be gifted, but stick them with a Norwegian violinist on a backdrop of Irish fanboys and it all goes to shit because they end up speaking to each other in such a way—it's like—it's like they—I don't know, this is where the understanding ends. They are just such nerds. Also the music is atrocious.

But I'll definitely watch it again next year.

L'endroit



Leur premier restau à la place Wallis de Bonnevoie, Little Saigon, a pas mal de succès depuis des années à cause de sa modestie, de son bon phở vietnamien et de ses prix modérés. On aurait préféré les murs un peu moins flashy et un intérieur moins bancal, mais la gentillesse y est toujours au rendez-vous et les petits plats savoureux. Et voilà que la direction de cette bonne cantine asiatique vient d'ouvrir un second endroit à quelques mètres de là, au début de la rue des Trévières. Dès l'entrée on constate que l'ambition y est plus poussée, avec cuisine lumineuse sur la gauche et une équipe qui vous salue de façon chorale. Le salon à l'arrière ne bénéficie pas de beaucoup de lumière et la déco est plus cosue, un peu trop gris sur gris (photo : GD). On n'en tient plus compte dès que les plats arrivent. Agréablement dressés avec une jolie subtilité, ils seront plutôt d'influence malaysienne, mais avec un fin mélange de fusion asiatique généralisée. Les gyozas sont croustillants, l'udon bien relevé, le poulet à la citronnelle superbement parfumé. Même les glaces aux lychees, haricots rouges ou thé vert, sont bien crémeuses et ont une bonne texture artisanale. À rajouter que le service en salle est accompagné de sourires aussi radieux qu'en cuisine. Le concierge principal du Royal, rencontré sur place, me confie qu'il y vient et revient. Ça semble bien parti pour le Peppermint. GD

Sur la toile

Parents d'enfants en bas âge qui êtes à la recherche d'une autre aire de jeux pour vos enfants lassés de leur toboggan habituel, voire qui cherchez à leur trouver une crèche ou un foyer, ce site est pour vous. www.spillplaz.lu a regroupé sur une carte du pays, en collaboration avec certaines communes, tous les emplacements disponibles, avec photos, surfaces, matériel mis à disposition et autres détails techniques utiles. Bonne intention faisant foi pour un produit vraiment très pratique, nous passerons sur le côté esthétique un peu bidouillé et qui ne ressemble pas à un site très professionnel. Ceci dit, en quelques clics on a un aperçu de tout ce qui existe en ville ou à la campagne pour distraire vos pitchounets. Comme le site est un produit de la société Publicom (qui édite aussi Luxbazar), la rubrique « agenda » dévie sur le site du magazine *Kidscorner* qui regroupe balades, ateliers, voyages ou même stages à la découverte de musique électronique pour les plus jeunes. Même chose pour la section « Annonces », qui propose des poussettes, trottinettes, dressings, habits ou chaussures en revente à tous les prix, ou que vous pouvez utiliser pour revendre votre propre matériel. À noter parmi les sponsors et organismes de collaboration, le site www.matthiëf.lu, qui favorise la réinsertion professionnelle à des personnes atteintes de troubles psychiques. GD



Entre chien et loup

On appelle « entre chien et loup » le moment qui précède le crépuscule, l'heure de tous les dangers quand les contours des choses s'effacent et qu'on voit les loups garous sortir de leurs repaires et les feux follets s'allumer dans les sous-bois.

Dans son livre porté par un souffle narratif exceptionnel, l'historien Henri Wehenkel dresse le portrait de seize Luxembourgeois pris dans l'engrenage de la Collaboration –

grands bourgeois, ouvriers montés en grade, journalistes *völkisch*, cadres techniques ambitieux, artistes conformistes... L'auteur pénètre jusqu'aux niveaux des enjeux, des lieux de décision, des endroits où les chemins se séparent et où il faut choisir. Le livre donne à sentir ces choix dans toute leur urgence sans pour autant faire de jugement de valeur. Il s'agit, selon l'auteur, d'« éclairer les recoins obscurs de la société luxembourgeoise ».

Le livre de 304 pages richement illustré et qui se base sur une série d'articles du *Lëtzebuurger Land*, est disponible en librairie au prix de 29 euros ou peut être commandé en ligne sur www.land.lu, par téléphone 48 57 57-32, courriel land@land.lu ou fax 49 63 09.